

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis: für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellschein vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf. Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — **Verlagskonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21. — Telefon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Deutschlands Steuerlasten.

(Nach der amtlichen Darstellung des Reichsfinanzministeriums.)

Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Steuerbelastung, die die deutsche Regierung der Friedenskonferenz übergeben hat, bringt eine Darstellung über die Entwicklung der Reichsteuern während des Krieges bis zum Abschluß der Reform des direkten Abgabensystems. Sie zeigt, auf welche Weise Deutschland versucht, einen eigenen Bedarf an Steuern von annähernd 32 Milliarden Mark durch laufende Steuern zu befriedigen. Die Denkschrift betont, daß schon vom fiskalischen Standpunkt aus dieser ungeahnt hohe Bedarf zu einem Steuerdruck führen müßte, der bis an die Grenzen des überhaupt Möglichen relayen würde. Sie erstreckt dann die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die Deutschland durch den Krieg geraten ist und fährt dann fort: Die Lebenshaltung ist durch diese Erscheinungen auf einen Grad der **Teuerung** geführt, der als unerträglich bezeichnet werden muß. Wie sehr allein die Teuerung auf die Gestaltung des Steuerbedarfs in Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wirken mußte, zeigt ein Vergleich der Reichshaushalts, nämlich die Ausgabe von 3 Milliarden Mark für Befoldungsaufbesserungen. Aber das Ziel der großen Steuerreform in Deutschland dürfte im Hinblick auf die veränderten wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen nicht allein darin liegen, Einnahmen zu erschließen. Es kam vielmehr die zweite, für die ruhige staatliche Entwicklung Deutschlands unerlässliche Voraussetzung hinzu, nämlich den gewaltigen Steuerdruck nach den Prinzipien der Leistungsfähigkeit auf die Steuerpflichtigen und ihre Wirtschaft zu verteilen. In erster Linie stand daher die Reform der direkten Steuer auf Vermögen, Einkommen und Vermögenszuwachs. Wenn auch die indirekten Steuern vorerst nur eine sekundäre Rolle spielten, so bedeutet das nicht, daß sie nicht ausgeschöpft werden. Das geht schon aus dem Vergleich der Erträgnisse zwischen den direkten und indirekten Steuern hervor. Es werden nach den amtlichen Schätzungen aufgebracht in einem Besatzungsstaat, d. h. also in einer Lage, die als **steigend** bezeichnet wird, folgende Summen:

4. für Befoldung von Kriegesbeschädigten (Pol. Reichsarbeitsministerium)	0,81 Milliarden Mark
5. " Heer und Marine	1,87 " "
6. " Sonstige fortdauernde Ausgaben	1,84 " "
23,8 Milliarden Mark	

Hierzu tritt der Steuerbedarf der Länder und Gemeinden, der für das Jahr 1919 auf rund 6½ Milliarden Mark berechnet wurde. Um diese Milliarden zu beschaffen, erwies es sich als unumgänglich notwendig, daß Deutschland alle Steuerquellen bis zur höchsten Leistungsfähigkeit ausschöpfte. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die in jeder Steuerreform auszusagen sind, wurden nur soweit berücksichtigt, als es das entscheidende fiskalische Interesse gestattete. Von diesen Grundlagen aus ist die Steuerbelastung in Deutschland zu bewerten. Die Berechnung der Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung gibt über den tatsächlichen Steuerdruck keinen Aufschluß; denn ein reiches Land wird eine bestimmte Steuerlast leichter tragen können als ein armes Land. Hierzu kommt, daß Deutschland weit stärker als irgendein anderes Land in seiner Wirtschaft geschwächt ist. Der Aufbau der Vermögens- und Einkommenspyramide in Deutschland ist wesentlich anders gestaltet als beispielsweise in England und den Vereinigten Staaten von Amerika. In Deutschland ist das Kräfteverhältnis in der Vermögensverteilung mehr zugunsten des Mittelstandes und der breiten Volksmassen verschoben. Das hat die Folge, daß das Einkommen in den untersten Schichten in Deutschland nicht so hoch ist wie in jenen Ländern, in denen der Grundbesitz besonders stark vertreten ist. Auch die Verschlebung der Wirtschaft im Aufbau der Bevölkerung ist nicht zu unterschätzen. Denn die Belastung in einem anderen Lande ist allernächst weit niedriger als im kriegsgeplagten Lande. Tatsächlich aber hat bei der größeren Anzahl der Kinder die Volkswirtschaft größere Kosten aufzubringen für die Heranziehung dieser noch nicht erwirtschafteten Menschen.

Es sind also weder das reale Kapital noch das reale Einkommen und die mit beiden in Verbindung stehenden wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen klar zu erfassen, um hieraus die Steuerbelastung der einzelnen Länder zu vergleichen. Immerhin ergibt die Berechnung über die Belastung auf den Kopf der deutschen Bevölkerung eine Steuerlast von mindestens 533 Mk.

Die Denkschrift führt dann die Steuern der Reichsfinanzreform von 1919/20 an. In der Anlage gibt die Denkschrift eine Uebersicht über künstliche Steuern, direkte und indirekte Reichsteuern nach dem Stande der neuesten Gesetzgebung. Die einzelnen Steuern sind nach ihrem materiellen Aufbau und nach ihrem Tarif dargestellt. Daneben werden auch Urteile über die möglichen Erhöhungen der einzelnen Steuern ausgesprochen. Im Anhang werden umfassende Tabellen über die Steuererträgnisse und die Belastung durch die einzelnen Steuern sowie über die Reichsschuld und ihre Entwicklung gegeben.

Die Darlegungen des Reichsfinanzministeriums sind in verschiedener Hinsicht ansehbar. Wir verweisen nur auf das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern, das sich durch die größte Nachsicht bei der Einziehung der Besitzsteuern sehr zugunsten der indirekten Steuern verschoben hat. Auf Grund unserer Kritik in verschiedenen Artikeln werden unsere Leser die amtlichen Angaben richtig einschätzen können.

	1920	1919
	in Millionen	in Millionen
Direkte Steuern	15 250	2 130
Indirekte Steuern	13 200	1 828
Zölle	2 500	679
	20 950	4 637

Es halten sich also die direkten Steuern auf der einen und die indirekten Steuern mit den Zöllen auf der anderen Seite etwa das Gleichgewicht. Dieses Steuerkommen soll erreicht werden, denn der Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden, der auf wenigstens 32 Milliarden veranschlagt ist, kann aus keiner anderen Quelle befriedigt werden als aus den laufenden direkten und indirekten Steuern und Zöllen. Die Ersparnisse auf der Ausgabe Seite sind strengstens durchzuführen, aber sie lassen sich bei einer Reihe von Posten nicht bewerkstelligen. So weisen vor allem Dinge die großen Betriebsunternehmen des Reiches, die Eisenbahnen und die Post, die höchsten Milliardendefizite auf. Sie gehen bis zu 13 bzw. heute 18 Milliarden Mark.

Der Bedarf des Reiches setzt sich nach den großen Gruppen abordnet aus folgenden Ausgaben zusammen:

1. für die Reichsschuld 12,4 Milliarden Mark
2. " Befoldungs-, Ruhegehalts- und Lohnaufbesserungen 3 " "
3. " Pensionen, Militärrenten, Hinterbliebenenversorgung 3,9 " "

Der Bedarf des Reiches setzt sich nach den großen Gruppen abordnet aus folgenden Ausgaben zusammen: 1. für die Reichsschuld 12,4 Milliarden Mark, 2. Befoldungs-, Ruhegehalts- und Lohnaufbesserungen 3 " " , 3. Pensionen, Militärrenten, Hinterbliebenenversorgung 3,9 " " .

Gespannte Situation in Spa.

Spa, 6. Juli. Die zweite Sitzung der Konferenz, an der auf deutscher Seite Reichsoffizier Lehrenbach, Minister des Reiches Dr. Simons, Reichswehrminister Dr. Gehler und Generalleutnant v. Seekt teilnahmen, wurde nach 4¼ Uhr durch den Ministerpräsidenten de la Croix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation den Auftrag habe, die Note der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten. Dr. Gehler ging sofort in längerer Ausführung auf die ganze Entwaffnungsfrage ein und schilderte den gegenwärtigen Zustand. Die 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit. Lloyd George stellte darauf die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschland Nichterfüllung des Friedensvertrags in militärischen Dingen vorwerfen, insbesondere, daß die Reichswehr 200 000 statt 100 000 Mann umfasse, daß Deutschland statt der ihm zustehenden 2000 Maschinengewehre 50 000 habe, statt der ihm zugestanden 280 Geschütze 12 000. An Gewehren seien zwar 1,5 Millionen abgeliefert und die Hälfte davon bereits zerstückt; es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Der Befehl der Gewehre sei ein politisches Gefährdungsmoment von außerordentlicher Schwere; ihm gegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands 100 000, 200 000 oder 300 000 Mann betrage. Die Alliierten erwarteten von der deutschen Regierung bis morgen vormittag bestimmte Pläne, wie sich die Auslieferung dieser Waffen und die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann gestalten sollte. Reichszkanzler Dr. Lehrenbach betonte darauf in ausführlicher und leb-

hafter Darlegung die Schwierigkeiten der Aufstellung eines weiteren Planes. Er machte auch darauf aufmerksam, daß die Wiedergutmachungsorderungen der Alliierten von dem Bestehen einer genügend großen Wehrmacht in Deutschland abhängig seien. In harker Weise erwiderte Lloyd George, die Alliierten wollten klare Ziffern; die Konferenz von Spa hätte sonst keinen Zweck mehr. Minister Dr. Simons erwiderte sofort, wir hätten nach Lage der Dinge nie annehmen können, daß die militärischen Fragen an erster Stelle besprochen werden würden. Es sei zweifelhaft, ob wir bis morgen vormittag in der Lage sein würden, bestimmte Pläne vorzulegen. Lloyd George erwiderte, man werde uns genügend Zeit lassen. Ministerpräsident de la Croix setzte darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch nachmittags 2¼ Uhr an.

Der Reichskanzler über die Konferenz.

U. Spa, 6. Juli. Beim Empfang der deutschen Pressovertreter beim Reichskanzler Lehrenbach in Spa erinnerte der Kanzler in Beurteilung der gesamten politischen Lage an seine letzten beiden Reichstagsreden und hob ausdrücklich den Beschluß der Regierung hervor, keine unerfüllbaren Verpflichtungen zu übernehmen. Er wies darauf hin, wie abhängig die deutsche Leistungsfähigkeit von der Ruhe im Innern sei und wie diese wiederum bessere Ernährungs- und mehr Arbeitsmöglichkeiten zur Voraussetzung habe. Demgemäß betonte er als erste Forderung Deutschlands das Herbeischaffen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Die deutsche Abordnung wolle den Alliierten die Lage Deutschlands ungeschönt darlegen. Ueber die Aussichten der Verhandlungen in Spa könne man vorläufig nichts sagen.

Wiederaufbau in Frankreich.

B. A. Entsprechend den in Anlage IV des Wiedergutmachungskapitels des Friedensvertrags enthaltenen Bestimmungen, die eine weitgehende Lieferung von Materialien, Maschinen usw. für die Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich vorsehen, ist jetzt — wie die Wageburger Zeitung meldet — der deutschen Reichsregierung eine Anzahl umfangreicher Listen mit Erzeugnissen aller Art überreicht worden. Es handelt sich um Lieferungen für einige Milliarden Reichsmark, und es soll von Seiten der Regierung geplant sein, diese Lieferungsverpflichtungen zur Behebung der Absatzstörung zu verwerten, die zur Zeit in zahlreichen Wirtschaftszweigen herrscht. An erster Stelle sollen große Mengen landwirtschaftlicher Maschinen in Betracht kommen, in denen die Industrie zur Zeit sehr bedeutende Vorräte auf Lager hat, während der Inlandsverkauf vollständig stockt. Andre Erzeugnisse, wie Möbel etc., würden erst später, nachdem die Wiederherstellung weiter vorgeschritten ist, geliefert werden, doch beabsichtigt man, eventuell auch jetzt schon Käufe darin vorzunehmen, um es der Industrie möglich zu machen, zur Wiederaufnahme der Erzeugung überzugehen. Nachdem in der Frage des Wiederaufbaus bereits vor einiger Zeit folgende Notiz durch die Presse gegangen ist:

„In Köln ist kürzlich die Rheinische Zentrale für Lieferungen nach Frankreich und Belgien u. s. w. gegründet worden. Gründer sind der Industrierausch des besetzten rheinischen Gebiets, die Vereinigung der Handelskammern des besetzten Gebiets und die vereinigten Wirtschaftstellen der Landwirtschaftskammern des besetzten Gebiets. Die Gesellschaft ist zu dem hauptsächlichen Zweck gegründet worden, den gesamten rheinischen Wirtschaftsfaktoren Aufträge aus dem gewaltigen Arbeitsgebiet des Wiederaufbaus im Sinne des Friedensvertrags zu verschaffen. Vorstandsmitglied ist der Baurat Ernst Lechner. Die Gesellschaft ist im Einverständnis mit dem Minister für den Wiederaufbau errichtet worden. Die Rheinische Zentrale ist ihre Tätigkeit in enger Verbindung mit der Geschäftsstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Frankfurt a. M. aus. Wie ich höre, sind die Verhandlungen über die Errichtung eines gemeinsamen Bureaus, in dem zunächst ein französischer Beamter und ein solcher der Rheinischen Zentrale zusammenarbeiten, ihrem Abschluß nahe.“

Kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die großen Anforderungen, die der Friedensvertrag gerade in dieser Hinsicht an die Wirtschaftskraft Deutschlands stellt, wahrscheinlich zu einer glänzenden Verdienstgelegenheit für die Industrie ausgeschachtet werden sollen. Da nach den bisherigen Bestimmungen von Frankreich oder Belgien keine Zahlungen für diese Lieferungen geleistet, sondern die dafür zu entrichtenden Beträge von der Wiedergutmachungsschuld in Abzug gebracht werden, müssen die erforderlichen Summen von der Reichsregierung mit Hilfe der Notenpresse stiftig gemacht werden. Nachdem der Haushaltetat für 1920 ein Defizit aufweist, das man ohne Uebertreibung für das ganze Rechnungsjahr mit etwa 40 Milliarden Mark veranschlagen muß, ist naturgemäß an eine steuernmäßige Deckung der Kosten aus dem Friedensvertrag gar nicht zu denken. Die bisherigen Formen der Steuerpolitik sind so unfruchtbar, daß es mehr als zweifelhaft ist, ob aus den bewilligten Ausgaben auch nur die errechneten Einnahmen erzielt werden. Ueber die von jehtigen Reichsfinanzminister vorgesehenen produktiven Steuern hat man aber bis heute in der Öffentlichkeit nichts Positives erfahren und es scheint, daß Herr Birth sich selbst noch nicht recht darüber ins Klare gekommen ist. Wie es bei der Hochachtung vor dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, der Wahrung der bestehenden Formen der Privatwirtschaft und der anarchischen Gestaltung unseres Wirtschaftslebens überhaupt möglich sein soll, produktive Steuerpolitik zu treiben, ist bis heute jedenfalls das Geheimnis des Herrn Ministers, und wir sind sehr gespannt, wie seine diesbezüglichen Vorschläge aussehen werden. Sobald die Regierung aus Spa zurückkehrt, wird sie ja nicht umhin können, sich zu allen diesen Fragen nicht nur konstatierend — wie es bisher geschehen ist — zu äußern, sondern ein Programm mit klaren Berechnungen zu entwickeln. — Jedenfalls ist es aber ganz undenkbar, daß die deutsche Arbeiterschaft sich damit einverstanden erklärt, daß die Milliardenlieferungen nach Frankreich zur Entfesselung eines erneuten Profitwahns führen, wie wir ihn etwa zur Zeit des Hindenburgprogramms erlebt haben, sondern es ist notwendig, daß die Gewinne der Industrie bei diesen Lieferungen aufs äußerste eingeschränkt werden, solange man die Sozialisierung der wichtigsten Industrien noch nicht durchgeführt hat. Es genügt uns aber nicht, daß die Regierung Nachprüfung der Preisforderungen usw. zuzugibt und Kommissionen bildet, in denen die Interessenten der Industrien sitzen, sondern hier ist Gelegenheit, in umfassender Weise die Betriebsräte heranzuziehen und zum Nutzen der Gesamtheit wirken zu lassen. Wir erheben von vornherein Protest, daß diese Aufgaben den Arbeitsgemeinschaften übertragen werden, denn die Entwicklung in den „gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungs-

Körpers" der Kohlen-, Eisen- und anderer Industrien hat dem Volke bewiesen, daß diese Arbeitsgemeinschaften niemals die Erfordernisse der gesamten Wirtschaft beachten, daß sie vielmehr nichts als Vertreter engherziger Industrielisten sind, die für eine Lohnerhöhung, resp. weil sie nicht sorgsam genug die Angaben der Unternehmer nachzuprüfen gewillt oder in der Lage sind, allen Forderungen der Werke zustimmen und sich dadurch mit schuldig gemacht haben an der verderblichen Preispolitik, die in den letzten Monaten vor dem Ausbruch der Krise in Deutschland getrieben worden ist.

Der Hinweis, daß bei der jetzigen Steuerbelastung selbst hohe Gewinne, die event. durch Leberpreise erzielt werden, der Allgemeinheit doch wieder zugute kommen müssen, kann von uns nicht anerkannt werden. Die Steuerleistung der Großindustrie und des Großhandels ist auf dem Papier nicht gering, aber es ist ein offenes Geheimnis, daß die Technik in Deutschland (wie überall) nicht nur auf dem Gebiete der industriellen Veredelung, sondern ganz besonders auch auf dem der Bilanzierung und der Steuerdeklarationen Triumphe feiert. So wie das Reich in größerem Maßstabe als Käufer auftritt, steigen erfahrungsgemäß alle Preise rasch in die Höhe und kaum eine Firma wird sich aus volkswirtschaftlichen Gründen zu einer der tatsächlichen Kostenentwicklung angepaßten Preisstellung geneigt zeigen. Die Abschläge, die infolge der Wertabnahme und der Abschärfung in den meisten Industrien inzwischen vorgenommen worden sind, werden sicherlich einer neuen Hausse weichen und die Gewinne der Unternehmen auf Kosten des Proletariats ins Ungemessene wachsen.

Niemandem, der die Verhältnisse unseres Wirtschaftslebens mit offenen Augen und ungetrübtter Urteilsfähigkeit betrachtet, dürfte es entgangen sein, daß bei jeder Aufwärtsbewegung der Preise die Vorräte an Rohmaterial, das billig eingekauft ist, als ganz gering bezeichnet und bei der Kalkulation nie berücksichtigt werden. Die Riesengewinne des Jahres 1919 und des ersten Quartals 1920 sind jedoch zumest auf die günstige Verwertung der billig gekauften Materialen zurückzuführen, wie man jetzt aus zahlreichen Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften deutlich erfieht. Es wäre auch ganz ausgeschlossen, daß bei der allgemein geminderten Erzeugung sonst derartige Profite hätten erzielt werden können. Sowie wir uns aber in einer rückgängigen Konjunktur befinden, ertönt sofort das Klagegeheul über die großen, zu hohen Preisen eingekauften Vorräte, die "seiber" einen Abbau der Notierungen nicht zulassen, den die arme Industrie an sich so gern herbeiführen würde. Wir wollen im Rahmen dieses Artikels auf diese Dinge, die jeder kennt, nicht näher eingehen, aber es ist zu erwarten, daß bei der Verteilung derartig umfangreicher Bestellungen eine Erhöhung der Preise vorgenommen wird; die das ganze Volk zugunsten einer kleinen Zahl von Großverdienern belastet. Es würde dann selbstverständlich zu einer sofortigen sprunghaften Steigerung des gesamten Preisniveaus kommen, was die Löhne erfahrungsgemäß in großem Abstände nachhinken und die für Arbeitslose, Rentner und Invaliden zu einer weiteren unerträglichen Verelendung führen müßte.

Die Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei im Reichstage wird diese Angelegenheit sofort zum Gegenstand einer eingehenden Anfrage an die Regierung und einer grundsätzlichen Auseinandersetzung machen müssen. Da wir aber genau wissen, was bei diesen parlamentarischen Intermezzen gewöhnlich herauskommt, und die Befehle des Reichswirtschaftsministeriums als der wichtigsten Behörde uns die Gewähr dafür gibt, daß alles eher als sozialistisch gerichtetem Politik getrieben werden wird, kommt es darauf an, der Arbeiterschaft die Bedeutung dieser Fragen vor Augen zu führen, die Betriebsräte auf die ihnen aus dieser Lage erwachsenden Aufgaben hinzuweisen und selbst alles aufzubieten, damit die Bereicherung einzelner auf Kosten der Allgemeinheit nach Möglichkeit verhindert wird. In unfrem Volk ist die jahrhundertalte Gewohnheit, nach der Obrigkeit zu sehen und von ihrem Tun oder Lassen Heil und Anheil zu erwarten, erst sehr langsam im Schwinden. Die Verantwortung jedes einzelnen für die Gesamtheit ist nur den wenigsten zu einem selbstverständlichen Leitmotiv ihres Handelns und Denkens geworden. Wir dürfen uns aber darüber nicht im unklaren sein, daß in Wirklichkeit alles davon abhängt, daß wir uns von dieser Untertanengesinnung, die noch sehr lebendig ist, endlich freimachen. Freilich machen nicht in der ungeheuren Art des freigesetzten Sklaven, sondern in der inneren Selbstverständlichkeit des sich seiner Pflichten und seiner unverletzlichen Rechte ehrlich bewußten Mannes.

Büchlicher Schluss.

Berlin, den 6. Juli.

Als die Aussprache über die jämmerliche Ernährungswirtschaft und das neue Entgegenkommen der Regierung gegen die Agrarier, sowie die Interpellation über die zunehmende Arbeitslosigkeit fortgesetzt werden sollte, kam ein Telegramm des Reichsanzlers aus Spa, worin mitgeteilt wurde, der Vizekanzler und Reichsjustizminister müßte schleunigst nach Spa kommen und könne den Verhandlungen im Reichstage nicht länger betwohnen; er gebe deshalb anheim, die Verhandlungen des Reichstages zu unterbrechen. Dem Wünsche des Reichsanzlers wurde entsprochen. Der Senatorenkomitee hat dann heute beschlossen, die "Hube" solle bis Ende Juli zugemacht werden, bis die Verhandlungen in Spa vorüber seien. Auch das Mißtrauensvotum, das die Unabhängige Fraktion gegen die Regierung wegen der Ernährungswirtschaft eingebracht hatte, wurde als Grund angegeben, warum der Reichstag geschlossen werden sollte, denn es könne nicht darüber verhandelt werden, ohne der Regierung Gelegenheit zu geben, sich zu den Vorwürfen zu äußern.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß es wünschenswert ist, daß die Regierung bei einer solchen Aussprache zugegen ist, so darf aber doch nicht vergessen werden, daß sie schuld ist, daß sich eine solche Aussprache überhaupt notwendig macht. Ihre Ernährungspolitik ist sogar die geradlinigste verbäuferte Fortsetzung der bisherigen Ernährungswirtschaft, indem sie nicht nur den Agrariern neue Prämien und Zuwendungen macht, sondern auch die sogenannte freie Wirtschaft bei einem Teile der Lebensmittel einführen will. Das aber bedeutet für die arbeitende Bevölkerung Erschwerung der Ernährung, unerschwingliche Preise.

Ebenso ist die Behandlung der zunehmenden Arbeitslosigkeit ein dringendes Gebot der Stunde. Die fortgesetzte Schließung von Betrieben führt einen Umfang der Arbeits-

losigkeit herbei, die eine weitere Spannung der sozialen und politischen Lage mit sich bringt.

Drei Wochen ist nun das Parlament dazu verurteilt, den Zuschauer von Spa zu spielen; es ist eben in Deutschland trotz allem Gerede vom Parlamentarismus nichts anderes als das Anhängsel der Regierung, statt der entscheidende Faktor im politischen Leben zu sein, dessen ausführendes Organ nur die Regierung zu sein hätte.

Was nun in der heutigen Sitzung noch erledigt worden ist, bedeutet eine Verschlimmerung für die Arbeiterschaft, soweit es sich um den Steuerabzug handelt. Die Mehrheit der deutschen Lohn- und Gehaltsbezieher hatte geglaubt, das Ausnahmegesetz gegen sie werde verschwinden, nachdem alle Parteien entsprechende Anträge im Reichstag eingebracht hatten; sie werden nun die Erfahrung machen, was es heißt, solchen Parteien zu trauen. Die Fraktionen mit Einschluß der Rechtssozialisten haben einen Steuerkompromißantrag eingebracht, der heute noch verabschiedet werden soll. So ist es denn auch geschehen. Die Beratungen und Verhandlungen haben für alle drei Lesungen kaum eine Stunde gedauert. Die "Verbesserung" besteht darin, daß die im Gesetz vorgesehene Kürzung bei der Abschätzung schon jetzt berücksichtigt werden sollen; dafür aber hat man schleunigst noch eine Erweiterung des Steuerabzuges in das Gesetz hineingebracht, die oberflächlich betrachtet, sozial gerecht erscheint. Es soll eine Staffelung des Abzuges nach der Höhe des Einkommens eintreten, und zwar von 15 000 Mk. an 15 Prozent, bis zu den höchsten Einkommen 25 Prozent. Hätte man aber sozial gerecht verfahren wollen, so müßten die Einkommen unter 12 000 Mk. überhaupt frei bleiben und dann mit einem mäßigen Steuerbetrage begonnen werden. Der Abzug selbst, ehe überhaupt eine Einschränkung der Steuer vorgenommen ist, bedeutet immer noch ein Ausnahmegesetz gegen Lohnarbeiter und Gehaltsbezieher. Man kann nur hoffen, daß dieses Gesetz ebenso bald wieder geändert wird, wie es jetzt geändert worden ist, ehe es eigentlich in Kraft getreten ist. Die Aussprache über die Neuerung war nicht gerade erheben. Die Rechtssozialisten, die die Hauptaufwachen am 10prozentigen Abzug sind, suchten ihr unsoziales Verhalten mit einem Angriff auf die Unabhängige Fraktion zu verdecken. Ihr Redner behauptete, die Vertreter der Unabhängigen Fraktion hätten im Ausschuß für den Kompromißantrag gestimmt, und jetzt gebe ihr Fraktionsredner eine entgegengesetzte Erklärung ab. Ihm antwortete Genosse **D i l w e l l** und die Genossin **Z i e g l e r**. Wegen der Stimmen der Unabhängigen Fraktion wurde der Kompromißantrag daraufhin angenommen.

Bei der Verabschiedung des Diätengesetzes gab Genosse **L e d e b o u r** die Erklärung ab, seine Fraktion werde wegen des Strafzuges an Diäten gegen das Gesetz stimmen. Er erhob dann noch Einspruch gegen die Verabschiedung eines ganz bedeutungsvollen Gesetzes, wonach nämlich ein Ausschluß von 23 Mitgliedern Mahregeln treffen kann, "die ausschließlich die Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft betreffen. Die Verordnungen des Ausschusses sind dem Reichstage nur zur Kenntnis zu bringen". Man steht, der neue Reichstag gleicht dem Arlensreichstag sehr stark.

Ebenso sollte noch schleunigst ein anderes Gesetz ohne Beratung beschossen werden, wogegen Genossin **Z i e g** Einspruch erhoben hat.

Zwischen den Verhandlungen hindurch hat der Präsident **L a n d** eine schöne nationale Rede an die Deutschen in den Abstimmungsgebieten gehalten und sie aufgefordert, dem deutschen Vaterlande treu zu bleiben. Die Rechte und Mitte des Hauses begleiteten die Rede mit lebhaftem Beifall und folgten ihm am Schluß zu stürmischem Bravo und Händeklatschen.

Wie wird's weitergehen?

Das Gepest des Bolschewismus.

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Nach einem Bericht des Sonderkorrespondenten des Berliner Tageblatts hat der Reichsanzler **F r e n d b a c h** während der Unterhandlungen sich nicht scheut, einen neuen schweren Fehler in den Verhandlungen zu begehen, indem er auf die Deutschland drohende Gefahr von Osten hinweist. Diese Methode, die bolschewistische Gefahr von neuem zum Teil als Drohung in Spa auszuspähen, zum anderen Teil sich als Mittel gegen Sowjet-Rußland bei der Entente anzubieten, hat in Versailles bereits großes Mißtrauen als einzigen Erfolg bei der Entente erzeugt. Heute muß der Sonderberichterstatter des Berliner Tageblatts melden, daß auch hierauf ein neuer Ausdruck des Behauerns seitens **L o n d** und **G e o r g e s** erfolgte. Allgemeine Versicherungen, erklärte **L o n d** **G e o r g e s**, könne er nicht nach England bringen und dorthin müsse er sich bald begeben. Es sei ihm eine streng sachliche, nicht rückblende Auseinandersetzung mit der deutschen Delegation erwünscht. Man müsse in die Zukunft schauen. Diese Mittelungen bewiesen, daß die Taktik der Verhandlungen, die die deutschen Delegierten führen, nicht gerade als sehr geschickt anzusehen ist. Es ist wahrscheinlich, daß diese Verhandlungen beendigt sind durch Momente, die sich in Berlin geltend machen und die auf das Reichswehrministerium zurückgreifen. Dieses entfaltet in letzter Zeit seit der Abwesenheit der verantwortlichen Minister von Berlin in allen Kreisen eine lebhafteste Tätigkeit zur Inzenerierung einer neuen antibolschewistischen Hege und zur Erzeugung eines neuen Schreckens vor der drohenden bolschewistischen Gefahr. Die gestrige Pressekonferenz bot ein treffliches Bild für diese planmäßige Hege. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes versuchte ein amtliches Signal an die Presse auszugeben, nämlich auf die drohende Gefahr im Osten hinzuweisen. Erst als er darauf festgelegt wurde, daß es sich hier um eine Veränderung der Ostpolitik der Reichsregierung handle, erklärte er, es habe sich nicht um ein amtliches Signal, sondern nur um ein "Stimmungsgeld" gehandelt. Diese systematische Beeinflussung der Presse zur Inzenerierung eines neuen bolschewistischen Schreckens steht im engsten Zusammenhang mit dem Treiben des Reichswehrministeriums und den Äußerungen, die der Reichswehrminister kurz vor seiner Abfahrt in Berlin gemacht hat. Die erste Folge dieser Hege ist eine neue Verflüchtigung bei den Verhandlungen in Spa und ein neuer Umschwung der Affizierten gewesen.

Die Furcht vor dem deutschen Militarismus.

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Sonderkorrespondent des Berliner Tageblatts meldet in einem ausführlichen Bericht höchst interessante Tatsachen über die Stim-

mung, die bei den affizierten Völkern herrscht. Er sagt: "Die Verflüchtigung des großen Publikums in den affizierten Ländern ist noch sehr groß, daß Deutschland einen neuen Krieg wagen könnte." In Brüssel hat der englische Generalkonstabler, Herr **H e n r y W i l s o n**, erklärt, Deutschland besitze 10 000 von Flugzeugen, die zu Kriegszwecken brauchbar seien. Die Franzosen, sagt der Daily Telegraph, freuen sich über dieses Ergebnis des englischen Geheimdienstes. Die Kommission hat sich auch über den Verbleib der von Deutschland erbeuteten Kanonen beunruhigt. Deutschland habe nur 3000 abgegeben. Diese Fragen werden nun geklärt werden, aber sie beschäftigen die öffentliche Meinung mehr als irgendwelche noch so wichtigen wirtschaftlichen Fragen es betreffen. Kommt man sie nun zu Anfang der Konferenz aus dem Wege, so erleichtert sich dadurch hoffentlich die Erörterung der Fragen, die Deutschlands rein wirtschaftliche Lebensbedingungen angeht und zu zahlenden Kriegsschuldigen betreffen.

269 Milliarden Goldfranken?

Dem Leipziger Tageblatt wird aus Spa berichtet: In einer Zusammenkunft des belgischen Ministeriums letzte des 1. Juli mit, daß Belgien nach den letzten endgültigen Vereinbarungen des Jahres 1918 ein deutsches Schadenersatz erhalten werde, und zwar 27 Milliarden Goldfranken innerhalb 42 Jahren. Insgesamt soll Deutschland 42 Jahreszahlungen von je 2 Milliarden Goldfranken leisten. Das würden also 126 Milliarden Goldfranken sein. Mit allen anderen Zahlungen rechnet man eine Gesamtsomme von 269 Milliarden Goldfranken als Entschädigung heraus. Im letzten Augenblick ist angeblickt eine Verringerung der Regelung getroffen worden. Denn ursprünglich sollten erhalten: Frankreich 67/110, England 25/110, Italien 11/110, Belgien 6/110, Serbien 6/110, Japan, Rumänien, Portugal und Griechenland zusammen 6/110. Diese Vereinbarung ist jetzt angeblickt dahin geändert worden, daß Frankreich 62, Großbritannien 21/110, Italien 9%, Belgien 5, Serbien 5 und die anderen 4 Affizierten je 3/110 erhalten. Belgien wird außerdem eine Herabsetzung seiner Schulden um 200 Millionen Pfund zuerkannt.

Der Reichswirtschaftsrat.

Fr. Wir sind es aus der Kriegszeit her gewohnt, mit Bureau- gaten und Erzkammern gesättigt zu werden. Das Original war uns stets vornehmlich. Auch seit den stürmischen Novembertagen des Jahres 1918 ist es nicht viel besser geworden. Es gab an allen Ecken und Enden und nirgends etwas Besseres. Wir haben eine Verfassung, die keine ist, wir leben in einer Demokratie, die nur als verzerrter Abbild einer Demokratie zu werten ist und es wurde uns vom Parlamentarismus in Weimar ein sogenanntes Rätevolkstum in die Verfassung verankert, das nicht einmal ein Rätevolkstum-Ersatz ist. Aber was ist zu tun in einem Lande, das in seinen Rechtssozialisten sich sogar mit Sozialisten-Ersatz begnügt.

Als ein Teilbild des in der Verfassung zu "verankernden" Rätevolkstums, erscheint nach der "in Verbindung" mit dem Reichswirtschaftsministerium erscheinenden Industrie- und Handelszeitung der am 30. Juni zum erstmalig auf den Plan getretene Reichswirtschaftsrat. Wir haben es hier mit dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu tun, der den eigentlichen Reichswirtschaftsrat erst schaffen soll. Es muß geradezu als eine heranzurende Verhöhnung wirken, dieses Reichswirtschaftsrats als eines Teils des Rätevolkstums anzusehen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat besteht aus 229 Mitgliedern, von denen 24 von der Reichsregierung ernannt sind. Selbstverständlich sind diese 24 Vertreter aus dem Wirtschaftsleben, zum größten Teil Repräsentanten des Kapitalismus. Die übrigen Mitglieder sind von den Wirtschaftsverbänden der Unternehmer, und sowohl Arbeiter und Angestellte in Betracht kommen von den Arbeitgemeinschaften gestellt. Wenn wir uns die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Wirtschaftszweige ansehen, dann wird es ganz klar, daß von diesem "Wirtschaftsrat" für das Proletariat und für den Sozialismus nichts zu erhoffen ist. Außer den von der Reichsregierung ernannten Metallarbeitern, Stehlen; Land- und Forstwirtschaft 68, Gärtner und Fischer 6, Industrie 68, Handel, Banken und Versicherungswesen 44, Verkehr und öffentliche Unternehmungen 34, Handwerk 30, Verbraucherzweige 30, Beamtenschaft und freie Berufs- 18 Vertreter. Jede dieser Gruppen ist zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern bzw. Angestellten zusammengesetzt. Da aber auch die christlichen und gelben Gewerkschaften ihre Vertreter entsenden, ist das sozialistische Element von vornherein zur Einflüßbarkeit verdammt. Nach Artikel 165 der Reichsverfassung ist der Reichswirtschaftsrat so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind. Tatsächlich aber ist Land- und Forstwirtschaft mit seinen reaktionären Vertretern genau so stark vertreten, wie die Industrie, der in Deutschland doch eine wesentliche höhere Bedeutung zukommt. Besonders aber muß darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitervertreter meist aus den Arbeitgemeinschaften ernannt sind, weshalb der deutsche Metallarbeiterverband, also die größte deutsche Gewerkschaft, weil sie die Arbeitgemeinschaften — und mit Recht — ablehnt, im Reichswirtschaftsrat überhaupt nicht vertreten ist.

Nach der Reichsverfassung treten die Bezirksarbeitsräte und der Reichsarbeitsrat (wo schläft er denn?) zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausübung der Sozialversicherungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volksschichten zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat aber auch das Recht, selbst von sich aus solche Gesetzentwürfe zu beantragen. Stimmt die Reichsregierung solchen Vorlagen nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage beim Reichstag unter Darlegung ihres Standpunktes einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann außerdem noch die Vorlage durch eines seiner Mitglieder im Reichstag vertreten lassen. Dem Reichswirtschaftsrat können auch Kontroll- und Verwaltungsbeschlüsse auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet übertragen werden.

Zum ersten hat der Reichswirtschaftsrat nur beratende Stimme. Dann aber ist er nach seiner Zusammensetzung durchaus ein Instrument des Kapitals. Wir können deshalb an das Wirken dieser neuen "Räte"-Arbeiterchaft keinerlei Hoffnungen knüpfen, die auf die Erfüllung unserer sozialistischen Bestrebungen zielen. Der Reichswirtschaftsrat ist nur der Ausdruck dafür, daß in der Verfassung nicht das Rätevolkstum, wohl aber der Kapitalismus verankert worden ist. Und wenn sich bürgerliche und rechtssozialistische Kreise der Meinung hinneigen, daß durch die Schaffung des Reichswirtschaftsrates die Wirtschaft "entpolitisiert" werde, so ist das ein grundlegendes Irrtum. Die Vertreter des Kapitals im Reichswirtschaftsrat können nicht aus ihrer Haut heraus, auch wenn sie in einer rein wirtschaftlichen Arbeiterschaft liegen. Sie werden dort, wie im Reichstag ihre Parteipolitik treiben, die ja nichts anderes ist als der politische Ausdruck ihrer wirtschaftlichen Interessen. Politik und Wirtschaft lassen sich nicht trennen. Die Taten des Reichswirtschaftsrates werden uns ja zeigen, daß wir recht haben.

In den ersten zwei Sitzungen, die der Reichswirtschaftsrat bisher abhielt, wurden fast nur geschäftliche Angelegenheiten er-

bedigt. Aber schon die Wahl des ehemaligen Unterstaatssekretärs
Hier von Braun zum ersten Vorsitzenden, zeigt, was wir zu er-
warten haben. Zunächst hat sich der neue Rat verlagert und wird
höchstwahrscheinlich das Ergebnis von Spa abwarten, bis er mit
seiner „entpolitisierten“ Arbeitspolitik beginnen will.

Das ganze in der Verfassung „veranleitet“ sogenannte „Räte-
system“ will das Zusammenarbeiten von Arbeitern und Kapitalisten
nach dem Vorbild der Arbeitsgemeinschaften Wirklichkeit werden
lassen, und der Reichswirtschaftsrat soll oberster Ausdruck dieser
Methode der sozialen Versöhnungspolitik sein. Dieses Durchdring-
vermögen zwischen den Klassen gegenüber ist ein Versuch am un-
tätigsten Objekt. Man kann nicht durch ein Einverständnis der Reichs-
regierung und durch eine partiell zusammengesetzte Körperschaft
die Klassen gegenüber aus der Welt schaffen. Und eine Politik —
auch eine Wirtschaftspolitik — ist entweder kapitalistisch oder
sozialistisch. Es geht hier wie mit dem Streit um die Un-
sterblichkeit der Seele. Zwei Professoren stritten sich um diese
Frage: Der eine meinte, die Seele ist sterblich, der andre, sie sei
unsterblich. Da kam ein dritter Professor, der ganz klug sein wollte
und sagte: Die Seele ist nicht sterblich und nicht unsterblich. Die
Wahrheit liegt, wie überall, so auch hier in der Mitte. Genau so
ist es mit der Politik. Wie die Seele nur sterblich oder unsterblich
sein kann, so die Politik einer Regierung oder des Reichswirt-
schaftsrates nur kapitalistisch oder sozialistisch. Und letzten Endes
wird das wirtschaftliche Kräfteverhältnis im Volke darüber zu ent-
scheiden haben, wer in dem großen Klassenringen Sieger bleiben
wird. Die alte untergehende Welt des kapitalistischen Bürger-
tums mit seiner wirtschaftlichen Ausbeutung und sozialen und politi-
schen Aneignung oder die neue, werdende Welt des völk-
erfreienden Sozialismus mit geregelter Bedarfswirt-
schaft und sozialer und politischer Freiheit.

Sommer wieder Attention auf Pazifisten.

Während die deutsch-nationale Presse jeden Tag ihre Leser
mit -a la Hintertreppentrommeln ausgeschalteten Berichten über an-
gelegte Vorbereitungen durch Unabhängige und Kommuni-
stische anläßt, gehen die deutsch-nationalistischen Vorkämpfer täglich
dieser zur Offensive über. Am 5. Juli abends sollte in Hag en
11 Werkstätten eine Versammlung des Internationalen Bundes der
Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen stattfinden. In der Gasse
Liedt über Weltkrieg und Wälferversöhnung sprechen wollte.
Als er den Saal betrat, erfolgte die bereits gemeldete schwere
Explosion, durch die zahlreiche Teilnehmer an der überfüllten Ver-
sammlung zum Teil schwer verletzt wurden. Eine Untersuchung
ernob daß Explosivstoffe vom Oden her bis zum Bühnenaufgang
gelegen hatten. Genosse Liedt blieb unverletzt und konnte vor
dem Verarmungslokal zum unbesetzten Kampf gegen Chauvi-
nismus und Wälferversöhnung auffordern. Die Täter sind noch
nicht ermittelt worden und werden wohl auch sobald nicht er-
mittelt werden.

In Berlin randallierten zu gleicher Zeit deutsch-natio-
nale Studenten in einer vom Deutschen pazifistischen
Studentenbund einberufenen Versammlung. Während des Referats
der bekannter Kunsthistoriker Dr. Max Dert über Wege
zum Pazifismus blieb es noch verhältnismäßig ruhig. Der
Referat geleitet ein, als der bekannte Professor Nikolai das
Wort ergriff. Ueber 20 Minuten lang tobten die deutsch-natio-
nalen Heidenjünglinge, bis sie dann unter Führung eines
italienischen Studenten abgaben. Gegen Schluß der Ver-
sammlung lehrten sie noch einmal zurück und vollführten einen
solchen Sturm, daß der Leiter die Veranstaltung schließen mußte.

Daß der schwarzwaldliche Studentenpöbel nach wie vor seinen
äußeren Bekleidungen nachsehen kann, ist kein Wunder. Bis-
her ist weder von der Unversitätsleitung, noch von der Regierung
irgendwas gegen die landstürmende Horde aus ähnlichen An-
lässen erfolgt. Den Burschen ist es eben gestattet, alles für vogel-
frei zu erklären, was ihrem beschränkten Hirn nicht paßt.

Die Sabotage der Volksernährung durch die Agrarier.

Die Deutsche Tageszeitung berichtet triumphierend
über die Spinnweben der verbotenen Nachschau folgenden:
„Die das Agrarierkreislaut erzählt, soll sich am Dienstag
eine Kommission der Reichsregierung stellen im Ver-
einer Kreise befinden haben, die eine Nachschau bei den
Ländlichen Besitzern vorzunehmen beschloß. Als
Sprecher der Landwirte nahm Herr Blankenhagen-Raditz Gelegen-
heit der Kommission bei ihrem Eintreffen loszulegen mitzutun,
daß die Landwirte des Reiches im Landband geschlossenen zusammen-
hängen. Eine Nachschau würde sich kein Landwirt mehr gefallen
lassen. Der Erfolg des einmütigen Zusammenhaltens war, daß
die Berliner Herren am folgenden Tage unverständiger
Gassenumkehrten.“

Sowohl sind also die Agrarier schon, daß sie während die Kon-
trollen nach Hause schicken dürfen. Wenn sie wiederkommen
sollen, wird sie der Landband wohl mit Handgranaten und Ma-
schinengewehren begrüßen. Man hat den Agrariern ja genügend
Waffen und Munition zu ihrer „Verteidigung“ zur Verfügung
gestellt.

Neue Lebensmittelunruhen am Oberrhein.

Köln, 7. Juli. (L.-U.) In verschiedenen oberrheinischen
Städten drohen wieder Lebensmittelunruhen auszubrechen, da der
Abbau der Preise nicht strikte durchgeführt wird. In Kreuznach
kam es bereits zu bedauerlichen Ausschreitungen. Streikende Ar-
beiter durchzogen die Stadt, worauf die Geschäfte geschlossen und
die Warenbestände fortgeschafft wurden. In einigen Tagen dürfte
die Stadt ohne Lebensmittel sein, da die Geschäftsleute sich
weigern, Nahrungsmittel zu beschaffen. Neuerdings wurde ein
Rückfall von 20 auf 50 Prozent auf alle Waren bis auf weite-
res vereinbart. Nach Beendigung der Sitzung zwischen der Kauf-
mannschaft und den Arbeitern wurden die kaufmännischen Depu-
tierten von einer großen Menschenmenge tätlich angegriffen, so
daß sie wieder ins Stadthaus zurückflüchten mußten und erst auf
Umwegen unter polizeilichem Schutz heimgebracht werden konnten.
Auch aus verschiedenen bayrischen Orten werden wieder Lebens-
mittelunruhen berichtet.

Eine deutsche Protestnote wegen der Abstimmung in Ostpreußen.

Wien, 5. Juli. (W. L. B.) Der Reichskommissar für
die Abstimmungsgebiete in Ostpreußen, Freiherr v. Gahl, hat
heute nachmittag der internationalen Kommission in Wien
eine Protestnote überreicht, in der es heißt: Nach Art. 11 des
Abstimmungsvertrages vom 14. April 1920 sollen in den Gemein-
den mit mehr als 500 Wahlberechtigten besondere Stim-
mbezirke für diejenigen Wahlberechtigten gebildet werden, die
war in dem Bezirk geboren sind, aber dort keinen Wohnsitz oder
gewöhnlichen Aufenthalt haben. In letzter Stunde hat die inter-
nationalisierte Kommission noch angeordnet, daß auf Beschluß der Ab-
stimmungsausschüsse auch in den Bezirken mit weniger als 500
Wahlberechtigten für die auswärtigen Wähler besondere
Wahlbezirke und -urnen zugelassen werden können. Dient-
beschluß hat die internationalisierte Kommission auf Verlangen der Polen
gefaßt. Diese wolle offenbar bei der Entscheidung über das
Schicksal des Bezirks gegebenenfalls erreichen, daß den Stimmen
der von auswärtig kommenden Wahlberechtigten eine geringere
Bedeutung beigegeben wird als den der anderen Stimmberechtig-
ten. Die deutsche Regierung hat gegen dieses Vorhaben Pro-
test eingelegt.

Zur Sache gegen die Vertreter Sowjet- Russlands.

Aus Moskau ist in Berlin folgender Funkpruch eingegangen
Hiermit wird angefochten die Behauptungen mit voller
Evidenz nicht unabweislich erklärt: Den Sowjetregierungsver-
tretern im Auslande wird jede Einmischung in die inneren Ver-
hältnisse der betreffenden Staaten ausdrücklich unterlag. Viktor
Kopp in Berlin ist Instruktion erteilt worden, dahin lautend,
jeder Verklärung mit der deutschen inneren Politik sich völlig fern-
zuhalten. Volkstommisnar des Auswärtigen, Dittlheim.
Natürlich wird auch diese unabweisliche Feststellung die Re-
aktionäre aller Schattierungen nicht abhalten, ihre verlogene Sache
gegen Sowjet-Rußland und dessen Vertreter fortzusetzen.

England und der weiße Terror in Ungarn.

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die
Vossische Zeitung meldet aus Wien: Die weitverbreitete Wiener
Ungarische Zeitung meldet, daß 2 Mitglieder des Wiener Wieder-
aufbau-Ausschusses; Harry Viktor und Lindsey im
Auftrage der englischen Regierung nach Budapest zu einer Unter-
suchung der über den weißen Terror in London vorliegenden Be-
richte abgereist sind. Im britischen Auswärtigen Amt hat zwischen
Lloyd George und Curzon mit den Gewerkschaftsvertretern
unter Führung Lovett sowie Wedgwood eine Konferenz
stattgefunden, in der insbesondere Wedgwood Lloyd George ein-
gehend Mitteilung über die Greuelthaten der weißen Offiziers-
abteilung unter Führung des Oberleutnants Hejlas machte.
Lloyd George und Curzon hätten dem Gewerkschaftsrat zugestimmt,
daß sofort die nötigen Schritte eingeleitet würden, um den gegen-
wärtigen ungarischen Verhältnissen ein Ende zu machen. Dierauf
set die Abreise Viktors und Lindseys jurisdiktzuführen.

Verhärkung des Bohollis gegen Ungarn.

Amsterdam, 7. Juli. In der am 4. Juli in Brüssel abge-
haltenen Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschafts-
bundes wurde beschlossen, den Boykott gegen Ungarn ungeschwächt
fortzusetzen und wegen seiner Verhärkung mit den in Frage kom-
menden Organisationen in Verbindung zu treten.

Brag, 7. Juli. (L.-U.) Die Radosinsche Woznung meldet, daß
sowohl die Eisenbahnen als auch das Schiffs- und Postpersonal in
der Slowakei den Boykott gegen Ungarn strikte durchführen. Bis
heute sind 441 Waggons mit Getreide und verschiedenen Fabrikaten
angehalten worden. Waren, die raschem Verderben unterliegen,
werden Konsumverboten und Wirtschaftsräten übergeben. Auf
den Bahnhöfen werden Sendungen nach Ungarn überhaupt nicht
angenommen.

Deutschland.

Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 7. Juli. (W. L. B.) Die Ankündigung einer Massen-
demonstration gegen die Arbeitslosigkeit hatte gestern nachmittag
Zehntausende von arbeitslosen Arbeitern und Angehörigen auf die
Bühne gebracht, die sich nach dem Lustgarten bewegten. Eine Ent-
schädigung mit einer Anzahl von Forderungen wurde angenommen.
Der größte Teil der Demonstranten kam dann, der Aufforderung,
sich ruhig und in Ordnung nach Hause zu begeben, nach; ein Teil
blieb zurück und schickte sich zu einem pöbelhaften Aufmarsch, kom-
munistischen Reden, zu erregten Szenen kam es an der Dom-
treppe, wo ein angeblicher Spitzel von der Menge gestellt wurde
und sich eine Schlägerei entspann.

Feuer im Reichstag.

Berlin, 8. Juli. Heute nachmittag kurz vor 2 Uhr brach im
Reichstagsgebäude Feuer aus. Der Fahrtstuhl zur Journalis-
tentribüne war infolge Schiefslaufens des Stuhls in Brand ge-
raten. Die Flammen schlugen bis an die oberen Stockwerke. Der
Fahrstuhlfahrer Hoppe, der zufällig allein den Fahrstuhl be-
führte, wäre rettungslos verloren gewesen, hätten nicht die Journalis-
ten aus den oberen Stockwerken größere Wassermengen in den
brennenden Fahrstuhl geschüttet. Zur Rettung des eingeschlos-
senen Fahrstuhls schickte ein künftliches Rettungsmaterial. So war
es nicht möglich, eine Art zur Öffnung der unteren Fahrstuhls-
türe zu finden. Schließlich schlugen die Mannschaften der anwesenden
Sicherheitspolizei die Tür ein und brachten den brennenden
Hoppe ins Freie. Hoppe wurde ins Krankenhaus gebracht. Der
Brand konnte bald gelöscht werden.

Freilassung Dr. v. Holtzums. Nach Blättermeldungen ist der von
den Polen verschaffte Dr. v. Holtzum freigelassen worden und
in Marlenwerder eingekerkert.

Zeltungsverbot im besetzten Gebiet. Die Erleger-Bundeszeitung
ist auf die Dauer von drei Tagen verboten worden, weil sie eine
Mitteltung gebracht hatte, nach der Frankreich im Bezirk Lieke,
ne Truppen zu verläßt.

Ein Kommunistenprozess in Berlin.

Wichter Verhandlungstag.
Der gerichtliche Sachverständige Professor Strauch ver-
neint das Vorliegen der Voraussetzungen des § 51 sowohl für
den Angeklagten Nischmann wie für den Angeklagten Hoppe. Fälle
von Suggestionen und Autosuggestionen seien bekannt, er erinnere
an die berühmten Beispiele der Flagenanten und Springspross-
tionen, aber die Teilnahme an solchen Handlungen, auch unter dem
Einfluss einer Massensuggestion, schließt die strafrechtliche Verant-
wortlichkeit des Täters nicht aus. — Gefängnisarzt Dr.
Hirsch schließt sich diesem Gutachten im wesent-
lichen an, auch er verneint die Anwendbarkeit des § 51 für
beide Angeklagte. Beide Sachverständige wollen nur eine gering-
fügige Minderwertigkeit bei Nischmann auf Grund erblicher Be-
lastung, bei Hoppe auf Grund individueller Eigenart angesehen.
Zwischen Dr. Hirsch und dem Sachverständigen Dr. Kronfeld
kommt es zu einer Kontroverse wegen der Überlegungsfähigkeit
des Angeklagten Hoppe für den Fall, daß der Wordparagraf auf
Hoppe Anwendung finden sollte. Während Dr. Kronfeld die
Überlegungsfähigkeit des Angeklagten Hoppe auf Grund seiner
Beobachtungen in harte Zweifel zieht, behauptet Dr. Hirsch, Hoppe
für völlig Überlegungsfähig. Besonders gerührt muß es werden, daß
Dr. Hirsch Vorkommnisse aus dem sexuellen Leben eines der An-
geklagten in höchst einseitiger Weise vorbrachte, die durchaus ge-
eignet war, dem Angeklagten in moralischer Hinsicht bei den Ge-
schworenen zu schaden. Rechtsanwält Dieblich und Wein-
berg erklären, daß noch verschiedene Zeugen vorhanden sind, die
der Lospihler Toiffei zu verbrecherischen Handlungen, zu
Kraußigkeiten und politischen Terrorakten aufgeföhrt habe. Da
die Prozeßbeteiligten erklären, daß die Geschworenen in dieser
Hinsicht genügendes Beweismaterial erhalten hätten, so soll auf
die Zeugen eventuell verzichtet werden. — Staatsanwalt Or-
tman n teilt mit, daß die Postdirektion in Magdeburg Streß
unter falschem Namen ermittelt hatte, doch sei derselbe in der
Zwischenzeit nach Stettin abgereist und von seinem, letzten
dortigen Aufenthalt im Zentralhotel unbekannt verzogen. Von
Staatsanwaltschaft und Verteidigung wird auf den Zeugen
verzichtet. Sichtlich des Lospihler Scheiter liegt noch

ein Antrag der Verteidigung vor, der behauptet, daß Schröder
in München als Lospihler tätig war und im Interesse gewisser
Dienststellen in Gemeinschaft mit mehreren anderen die Besel-
tigung des tätigen gewordenen und des Doppelspiels überführten
Blaue übernommen hätte. Schröder habe den Blaue von München
über Magdeburg nach Berlin geleitet und hier die Ermordung mit
Hilfe anderer ausgeführt. Das Gericht lehnte den Be-
weisantrag der Verteidigung ab, weil die Tatsachen,
wenn sie auch als wahr unterstellt würden, nicht die Strafbarkeit
der Angeklagten ausschließen würden, noch ihre Tat in einem mil-
deren Licht erscheinen lassen würde. Rechtsanwalt Weinberg teilt
noch mit, daß der Lospihler Toiffei am 23. Juni 1919
wegen Erpressung verhaftet und in die Stadtvogel in der Dirksen-
straße eingeliefert wurde. Am nächsten Tage erschien der
Oberleutnant Graf Westarp vom Reichswehrgruppenkommando I
und erwirkte die Freilassung des Toiffei. Mit Rücksicht auf die
vorgezeichnete Lage der Prozeßführung verzichtet die Verteidigung
auf die Aufstellung dieses Falles. Die Beweisaufnahme wurde
geschlossen.

Der Vorsitzende hat die Schuldfragen dahin abge-
faßt, daß sie gegen die Angeklagten Hoppe und Nischmann
auf Mord und Totschlag lauten, im Falle der Verneinung
dieser Hauptkraslat auf Beihilfe zu einer dieser Handlungen.
Für Totschlag oder Beihilfe zum Totschlag wird die Nebenfrage
der mildernden Umstände hinzugefügt. Für Nisch-
mann lauten die Fragen nur nach Beihilfe zum Mord bezw.
bei Totschlag. Für den Fall des Totschlags wird die Neben-
frage der mildernden Umstände hinzugefügt. Auf Antrag der
Verteidigung wird für die Angeklagten Hoppe und Nisch-
mann die weiteren Eventualfragen gestellt, ob sie sich für den
Fall des Freispruchs von dem Hauptverbrechen dahin schuldig ge-
macht haben, daß sie die geplante Ermordung des Blaue nicht
rechtzeitig der Behörde angezeigt haben. Am Montag sollen
die Advokaten des Staatsanwalts und der Verteidigung beginnen
und die Verhandlung wenn möglich zu Ende geführt werden.

Reichstag.

9. Sitzung. Dienstag, den 8. Juli 1920.
Auf Anfrage des Abg. Koch (Soz.), ob der Regierung die
im Vorwärts vom 6. März mitgeteilten Tatsachen über enorme
Ueberschüsse der großen Fabri- und Stahlindustriellen während des
Krieges bekannt seien, erwidert der Regierungsvorsteher,
daß eine Kommission im Oktober 1919 die Angelegenheit
dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgelegt hat.
Präsident Loh macht hierauf Mitteilung von einem Tele-
gramm des Reichskanzlers, das die Minister Heine und Geiler
nach Spa beruft. Der Letztenauschluß hat daraufhin
beschlossen, die Beratungen des Reichstages zu unterbrechen
und erst nach Abschluß der Verhandlungen in Spa wieder aufzunehmen.
Das Haus erklärt sich damit einverstanden. Die Be-
sprechung der Interpellation wird abgelehnt und es kommt zunächst
ein sechsmonatiger Antrag aller Parteien mit Ausnahme der
Unabhängigen zur Verhandlung, der eine Ergänzung zum Steuer-
abzug vom Arbeitslohn bringt. Danach hat bei ständiger Bewe-
haltung der Steuerabzug im Falle der täglichen Be-
rechnung des Arbeitslohnes der Abzug von 5 Mt. im Falle
wöchentlich-Berechnung, für 30 Mt. und im Falle monatlicher
Berechnung für 125 Mt. zu unterbleiben. Außerdem erhöht sich
der abzugsfreie Betrag für jede zur Haushaltung des Arbeiters
gehörige Person im ersten Fall um 150 Mt., im zweiten Fall um
10 Mt. und im dritten Fall um 40 Mt. Ferner wird bestimmt, daß
eine feste Staffelfür für den Abzug Platz greift, die bis 30 Mt.
25 Prozent und so weiter bis bei einer Million 55 Prozent
beträgt.
Abg. Miesotte (Zentr.) empfiehlt als Berichterstatter die An-
nahme des Gesetzesentwurfes in der Kommissionfassung.
Abg. Gleichmann (U. Soz.): Der Regierung ist bekannt, daß
wegen des Steuerabzuges schon Streiks ausgedroht sind und weite-
re bedrohen. Für all dies trägt die Regierung die Verant-
wortung, die dieses Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter erlassen
hat. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Der vorliegende Antrag
bedeutet nicht eine Reform, er ist nichts anderes als der Versuch
einer Verkleinerung und deshalb lehnen wir ihn ab. Wir ver-
langen Aufhebung der gesamten Bestimmung über den Steuer-
abzug. (Beifall bei den U. Soz.)
Abg. Braun-Frank (Soz.): Aus den Ausführungen des
Herrn Vorredners ergibt sich, daß in der unabhängigen Partei
zwei Richtungen sind, eine, die den heutigen Entwurf ablehnt, und
die andre, die ihn im Ausschuss angenommen hat. (Bür., Hört!)
In diesem Gesetzentwurf wird eine Reihe von Fortschritten gegen-
über dem bestehenden Gesetz geschaffen. Ganz besonders ist die
Unerschöpflichkeit beseitigt, daß der Abzug in jeder Höhe bis zu
den nächsten Gehaltsempfängern erfolgt, dies ist durch eine starke
Progression, die bis zu 55 Prozent steigt, jetzt abgeschafft worden.
(Beifall bei den Soz.)
Die Abg. Diwel und Hengler (U. Soz.) bestreiten als Aus-
schußmitglieder für den Gesetzesentwurf eingetreten zu sein.
Abg. Neuböcker (Soz.) bekräftigt die Ausführungen des Abg.
Braun. Ebenfalls Abg. Rieker (D. Wp.).
In der Abstimmung wurde die Vorlage in allen drei Lesungen
angenommen, gegen die Stimmen der Unabhängigen.
Es folgt die Diätensvorlage für die Mitglieder des Reichs-
tages. Sie sollen eine monatliche Entschädigung von 1500 Mt.
erhalten; für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Sitzung fern-
geblieben ist, werden 50 Mt. davon abgezogen.
Abg. Spahn (Zentr.) empfiehlt als Berichterstatter die An-
nahme des Gesetzesentwurfes in der Kommissionfassung.
Abg. Ledebour (U. Soz.): Wir sind gegen den Abzug, da dies
eine Strafbestimmung für die Volksvertreter wäre. Wir werden
deshalb gegen das Gesetz stimmen.
In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz gegen die Stim-
men der Unabhängigen, angenommen.
Der Gesetzesentwurf über die Ausdehnung der Meißelarbeit-
gesetzgebung wird in allen drei Lesungen ohne Ausbaurache angenommen.
Es folgt der Entwurf eines Gesetzes über die vereinbarte
Norm der Gesetzgebung für die Zwecke der Ueberschlagswirtschaft.
Danach wird die Regierung ermächtigt, einen Anschluß von 24
Mitgliedern einzusetzen, der in Abwesenheit des Reichstages die
notwendigen Gesetze verabschiedet.
Abg. Frau Bieh (U. Soz.): Wir sind dagegen, daß einer
Kommission so weitgehende Vollmachten eingeräumt werden. Wir
verlangen, daß alle wichtigen Entwürfe dem Plenum vorgelegt
werden.
Die Abg. Ledebour und Dr. Rosenfeld (U. Soz.) erheben Ein-
spruch gegen die Vornahme der sofortigen dritten Lesung.
Der Präsident bittet um die Ermächtigung, die nächste Sitzung
und deren Tagesordnung selbst zu bestimmen.
Dann dankt der Präsident der am nächsten Sonntag statt-
findenden Abstimmung in Ost- und Westpreußen. Möge die Ab-
stimmung eine gewaltige Kundgebung für das Deutschtum in den
Ostmarken werden. (Lebhafter Beifall und Handklatzen.)
Schluß 4 Uhr.
Bonn Rah und Fern.
Eisenbahnunglück in Frankreich.
Orleans 6. Juli. Ein von Paris kommender Zug mit
Bestimmung Nantes entgleiste am Montag abend nach Pas-
sieren des Bahnhofes Aubrais. Sechs Personen wurden ge-
tötet, eine große Anzahl verwundet.
Verantwortlich für den verbotenen Zeit-
Albert Dieblich in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Pichler, Verleger Leipzig.
Druck und Verlag: Pionier-Verlag für die Arbeiterbewegung, Leipzig.
Diese Nummer enthält 4 Seiten.

In der Straffache

- den früheren Lageristen, jetzt Procuristen Rudolf Max Prohberg in Leipzig
- den Tapezierer und Dekorateur Max Emilian Eugen Wöbermann in Niederfischhofstraße
- den Korbfabrikanten Otto Müller in Kirschbühnenstr.
- den Kaufmann Friedrich Wilhelm Weyer in Dresden
- den Kaufmann Johannes Mühlmann in Dresden
- den Kaufmann Willy Hermann Strümpel in Dresden
- den Kartonnagenaufwinder Kurt Paul Schmidt in Lungkowitz bei Kreischa
- den früheren Müller, jetzigen Obsthändler Arthur Paul Sonntag in Lungkowitz bei Kreischa
- den Kaufmann Max Stemmer in Wangenburg
- den Kaufmann Albert Johannes Bruno Hölberg in Halberstadt
- den Techniker Emil Josef Wetjen in Berlin

wegen Kettenhandels, hat das Landgericht des Landgerichts zu Leipzig in der Sitzung vom 6. Juni 1920, für Recht erkannt:

Es werden wegen Kettenhandels verurteilt:

- Prohberg zu zehn Monaten Gefängnis, wovon zwei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten, und zu einer Geldstrafe von zehntausend Mark, sowie zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren
- Wöbermann zu vier Monaten Gefängnis und zehntausend Mark Geldstrafe
- Müller zu sechs Monaten Gefängnis und zehntausend Mark Geldstrafe
- Weyer zu einem Monat Gefängnis und neunhundert Mark Geldstrafe
- Mühlmann zu einem Monat Gefängnis und neunhundert Mark Geldstrafe
- Strümpel zu einem Monat Gefängnis und neunhundert Mark Geldstrafe
- Schmidt zu drei Monaten Gefängnis und zwöfhundert Mark Geldstrafe
- Sonntag zu drei Monaten Gefängnis, wovon acht Wochen als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten, und zu zwöfhundert Mark Geldstrafe
- Stemmer zu zwei Monaten Gefängnis und neunhundert Mark Geldstrafe
- Hölberg zu drei Monaten Gefängnis und zwöfhundert Mark Geldstrafe
- Wetjen zu einer Geldstrafe von eintaufendfünfhundert Mark.

Der Angeklagte Müller wird überdies wegen Verstoßes gegen § 12 der Branntweinsteuerbefreiungsordnung vom 9. 9. 1909 in Verbindung mit § 190 des Branntweinsteuergesetzes vom 15. 7. 1909 in der Fassung vom 14. 6. 1912 zu einhundert Mark Ordnungsgeld verurteilt.

Falls die Geldstrafen nicht beigetrieben werden können, tritt an deren Stelle Gefängnis, und zwar für je fünfhundert Mark je ein Tag, jedoch insgesamt bei jedem nicht über ein Jahr.

Die Angeklagten haben auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Norden. Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr: **Versammlung im Restaurant zum Appelboom, Berliner Str. 34.** Referent: Gen. Krug. Thema wird in der Versammlung bekanntgegeben. Das Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen ist Pflicht. Die Bezirksvertreter.

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Mittwoch, den 7. Juli, abends 7 Uhr: **Funktionärversammlung im Volkshaus.** Gruppenführer sind besonders eingeladen. Die Bezirksvertreter.

Gohlis. Freitag, den 9. Juli, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung im Aidau-Aussicht, Elisabethstr. 1.** Tagesordnung: 1. Vortrag über die Verhandlungen in Spa. Referent: Genosse Karl Ryssol. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Baumdorf. Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr: **Eltern-Abend in der Schule über: Stellungnahme der Eltern zum konfessionellen Religions- und Moralunterricht.** Referent: Herr Lehrer Hausel. Ausprache hierzu. Heute Abend, 7 1/2 Uhr: **Frauenabend in der Friedensburg.**

Ortsverein L.-Ost, U. S. P.

Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr: **Frauen - Diskussionsabend in der Silberpappel.** Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Helene Plotke über: Die Wirkung des 10% Steuerabzuges auf den Haushalt der Arbeiterfrau. 2. Freie Ausprache. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Taucha.

Freitag, den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr im Goldenen Löwen **Oeffentliche Versammlung.** Tagesordnung: 1. **Kirchenaustritt und Arbeiterchaft.** Referent: Genosse Arthur Wolf, Leipzig. 2. Freie Ausprache und Gründung einer Ortsgruppe der proletarischen Freiendenker. Arbeiter und Parteigenossen von Taucha und Umgeg., erscheint in Massen! Der Einberufer.

Ortsverein Dölzig u. Umg.

Sonnabend, den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr: **Grosse öffentliche Versammlung im Gasthof Goldner Hirsch, Klein-Dölzig.** Tagesordnung: Die Bedeutung der Elternrechte. Referent: Genosse Bauer. Freie Ausprache. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand des Ortsvereins.

K. P. D.

L.-Westen. Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr: **Mitgliederversammlung in den Weitenhallen, Blagwitz.** Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht. Nicht-Tagesordnung. Freitag, den 9. Juli, abends 8 Uhr: **Einwohnerversammlung im Gasthof Goldner Hirsch in Dölzig.** Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Alt-Leipzig, Bezirk Osten

Sonnabend, den 10. Juli **Nacht-Ausflug nach Böhlitz-Ehrenberg.** Um ca. abends 7 Uhr vom Lutherdenkmal, Johannisplatz. - Ziel: Grüne Aue. Da wir **Schlachtfest** abhalten und **Ruchen** backen können, so **Humor** und ein Lampion mit Kerze, sowie Niederbuch mitbringen. Um zahlreiche Beteiligung bitten Die Bezirksvertreter.

WAHREN.

Donnerstag, den 8. Juli, abends 7/8 Uhr **Oeffentliche Einwohnerversammlung im Saale des Birkenhäuschen.** Tagesordnung: 1. Die Wohnungspolitik der Gemeinden und der Kampf zwischen Hausbesitzern und Mietern. Referent: Geschäftsleiter Gen. Herm. Bieltz. 2. Gemeindefortschritt. 3. Freie Ausprache. Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer.

Volkshaus

Kaffee Küche
Kuchen Keller

Morgen Donnerstag, ab 7/8 Uhr: **Volkstümliches Ballfest**

Schwarzwälder Dirndl-Abend

Dekoration: Ein Dorfidiyll im Schwarzwald!
16 Mann starkes Ballorchester
Damen im Dirndl-Kostüm freien Eintritt!

Gangsouci Ball

Morgen ab 7/7 Uhr
Sonntag ab 7/3 Uhr

Luna-Park Wahren.

Morgen Donnerstag: „Quer durch den Auensee!“
Grosses Schwimmen des Leipziger Damen-Schwimmvereins Poseldon für Damen und Herren - Mädchen und Knaben.
Grosses Schauspringen - Ausscheidungsspiel um die Meisterschaft von Sachsen im Wasserballspiel zwischen Poseldon Leipzig, Meier des Gaus 1 (Leipzig) und S.-V. Zeitz, Meister des Gaus 6 (Thüringen).
Bei Eintritt der Dunkelheit: Lampionreigen im See von über 60 Schwimmern und Schwimmerinnen. Gesangliche Darbietungen und Nixenreigen auf dem Wasser, ausgef. v. Leipziger Damen-Schwimmverein Poseldon.
Park-Konzerte. - Schwimmball in der Hauptwirtschaft.
Anfang 6 Uhr abends. Park-Eintritt. Erwachsene 80 Pfg., Kinder 40 Pfg.
Sonntag, den 11. Juli. Grosse Ringkampf-Konkurrenz Kraftsportverein „Holzweigig“ gegen Kraftsportverein „Adler“.

Reddersen-Kautabak

nur echt wenn jede Rolle einen Zettel mit aufgedruckter Firma enthält. - Vorzügliche Qualität.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
Fabrik gegründet 1835.

Fischhalle zum Hauptbahnhof

Telephon 9040. Walter Krause Blücherstr. 11.

Speziell: Große billige Heringstage

Feinster Fett-Vollhering 1 Pfund Mk. 2.50
" " " " " 2.00
echte Schotten-Heringe
1 Pfund Mk. 4.50.
Bitte Papier mitbringen!

Rucksäcke

In solider, dauerhafter Ausführung. Eigene solide Leder-Riemen Fabrikate.
Karl Blösch
Windmühlenstraße 32 Tauchaer Straße 16
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel.

Zigaretten

Belmar Riesenformat 390.00
Bouby 310.00
Die echte Bull Dog 310.00
M. Glaser (Leipzig 3)
Katharinenstraße 17.

Brennholz

liest allseitige Gelegenheit:

Prima Stechtorf 3tr. 12 Mt.
Stochholz, hart und weich, trocken 10
Ofenlänge 13
Kieserrollen, Ofenlänge, 3tr. 13 und 15
Kiesernteite 16 bis 20
Hartholz, Ofenlänge 16 bis 20
Bei 10 Zentner frei Haus 1 Zentner 1 Mt. mehr.
Dresden, Bahnhof Paul Hachenberger, Sägewerk, Telefon 4161.

Ballschau Felsenkeller

Jeden Donnerstag und Sonntag Die berühmten Ballfeste mit Leipzigs bestem Tanzorchester.

Voranzeige! Dienstag, den 20. Juli or. Das Fest der Künstler veranstaltet von der J. A. L. Ortsverb. Leipzig

Naturpark Schleussig

Morgen Donnerstag, ab 7 Uhr **Grosses Elite-Park-Konzert**

verbunden mit Grossom Rison-Pracht-Fourwerk
Voranzeige: Montag, 12. Juli ab 7/7 Uhr, konzertiert Rudi Hauwede

Leipziger Eptahof

Leipziger Eutritzsch Herrlichste Park-Anlagen Angenehmster Aufenthalt Beste Verpflegung durch Küche u. Keller Heute sowie jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag nachm. u. abends **Gesellschafts-Künstler-Konzerte**

Eintritt frei Fernsprecher 8078

Gesellschaftshaus Schönfeld

Heute Mittwoch der 1. große **Damenball.**

Endstation der 17. Tans frei. O. Haupt.

Meinen Nachbarn, Freunden und Bekannten teile mit, dass ich wieder hier bin. Ich hoffe, dass wir wieder so gemütlich leben wie früher in der „Börse“, Vindenu, Joleubstraße. Skat, Doppelkopf und Billard geht von früh 8 Uhr an. Zeitungen liegen aus; Volkszeitung, L. N. N., Schwarze Adler, Gestaltbörse usw. ff. richtiges Bier, Cognak u. Kaffee.
Plagwitz Seppel Karl-Holno-Straße 104 Reichshalle

Dentist Erich Schmerel

verreist.

Leipzig, Humboldtstraße 31. - Telefon 3172.

Von der Reise zurück!
Zahnarzt Dr. Meyer, Delitzscher Straße 13.

Familien-Nachrichten

Außerhalb Leipzigs weißend, erhielt ich durch einen Freund die traurige Nachricht, das meine liebe **Frau Elisabeth Goldmann geb. Funck** plötzlich, ohne vorher beorgniserregend krank gewesen zu sein, am Gehirnschlag erlegen ist. L. Wolfmarsdorf, Ludwigstr. 97.
In tiefer Trauer **August Goldmann.**
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 7 1/2 Uhr, auf dem Schönfelder Friedhofe statt.

Statt jeder besonderen Anzeige!
Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, das mein herzens-guter, lieber, treuerjüngster Mann, unser lieber Schwager und Onkel,
Friedrich Schinzel
am Dienstag, früh 7 1/8 Uhr, durch einen sanften Tod von seinem Leben erlöst wurde.
Wer ihn gekannt, wird unsern Schmerz ermessen.
L. Reudnitz, den 7. Juli 1920.
In tiefster Trauer **Martha Schinzel geb. Lauterbach** im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, den 9. Juli, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Johannistriedhofes statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Juli.

Parciangelegenheiten.

Stadtverordnetenfraktion und Parzellierung.

Donnerstag, den 8. Juli, nachmittags 5 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 8.

Bezirkssetzung der H. S. P. Leipzig.

Südböhm. Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, Funktionärssitzung im Gasthof Thonberg, Reichenhainer Straße.

Preisverein Plagwitz-Vindenu. Ortschaft. Donnerstag, 7 Uhr, Versammlung in Westendhallen, Plagwitz. Neueintretende Ausweisungsmitteln bringen.

Großhoyer-Windoo. Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, Frauenklubabende im Restaurant zur Frohsburg. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Betriebsräte der Holzindustrie, Gruppe 7. Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Gärtnerkolonade. Zutritt nur gegen Ausweis Karte oder Legitimation. Ausweisarten, soweit die Fragebogen abgeliefert sind, im Gewerkschafts-Karteil, Abteilung Betriebsräte, Hotel Victoria, Gerberstraße 1. Gewerkschaftskarteil Leipzig, Abteilung Betriebsräte.

Achtung, Sportler! Alle Sportgenossen, die bereit sind, bei der Aufführung (der Sklavenausstellung im alten Rom) zum Gewerkschaftsfest mitzuwirken, treffen sich Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, auf dem Sportplatz. Zahlreiche Beteiligung wird erbeten. Das Sportkartell. Der Bezirkssturmwart.

Die Kosten der Lebenshaltung in Leipzig.

In den gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft haben die Kosten der Lebenshaltung schon immer eine gewichtige Rolle gespielt. Bei den Lohnkämpfen vor dem Kriege stellten sowohl Arbeiter- als auch Unternehmerorganisationen durch statistische Erhebungen in ihren Reihen die Höhe der gezahlten Löhne fest, und in langwierigen Verhandlungen wurde dann darum gefochten, welche Löhne den Anforderungen der Lebenshaltung am ehesten entsprechen. Selbstverständlich hing das Ergebnis dieser Verhandlungen in hohem Maße von dem Ergebnis der statistischen Ermittlung der Kosten der Lebenshaltung ab.

Durch die fortgesetzte sprunghafte Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse wurden die Arbeiter immer wieder zu dem Versuch gezwungen, die Löhne den Preisen anzupassen. Langefristige Lohnfestsetzungen konnten nicht mehr eingegangen werden und die Lohnkämpfe und Verhandlungen nahmen kein Ende. Unter diesen Umständen macht sich das Bedürfnis nach einer möglichst objektiven Ermittlung der jeweiligen Kosten für die Lebenshaltung geltend. Die von Calwer für die Berechnung seiner Indexziffern zugrunde gelegte Konnotation traf nach seinen eigenen Angaben schon im August 1915 in seinem einzigen Orte und in keiner einzigen Bevölkerungsgröße mehr zu. Da aber die Bevölkerung mit den amtlich zugeleiteten Nahrungsmitteln nirgends auskommt, fallen die Schlichthandelspreise bei der Berechnung des Nahrungsmittelverbrauchs immer mehr ins Gewicht, während Calwer für die Berechnung fast ausschließlich die amtlichen Höchstpreise eingeschätzt hat.

Die offizielle Reichsstatistik ermittelt zunächst ein Minimum an Nahrungsmittelbedarf auf Grund physiologischer Untersuchungen und mit Rücksicht auf die Beschäftigungsmodalitäten. Die Berechnungen erfolgen nicht nur nach den amtlichen Höchstpreisen, sondern auch nach dem im freien Handel sowie im Schlichthandel üblichen Preisen. Den Gemeinden von mehr als 10000 Einwohnern sind statistische Erhebungen auf dieser Grundlage für bestimmte Zeitspannen vom Reichsamt vorgeschrieben worden. Diese Erhebungen sind dann von mehreren Großstädten fortgesetzt und ausgebaut worden. Berlin, Schöneberg, Breslau, Hannover und Stuttgart haben Untersuchungen auf diesem Gebiete angestellt und veröffentlicht. Auch in Leipzig wurden die Ermittlungen zu einer dauernden Einrichtung gemacht. Die Ergebnisse werden in den Mitteltungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig veröffentlicht unter dem Titel: Preise und Kosten der Lebenshaltung in Leipzig von Dr. Friedrich Lübtow (Verlag von Wilhelm Schulte - Rohberg'sche Buchhandlung - in Leipzig, Preis für jedes Heft 3,00 Mk.). In dem ersten Heft, das sich bis zum April 1920 erstreckt, sind nach Maßgabe der offiziellen Reichsstatistik nur Nahrung und Wohnung mit Licht und Heizung erfasst. Die Bedürfnisse aus den interessantesten Kreisen veranlassen das Amt, die Berechnungen auch auf die übrigen elementaren Lebensbedürfnisse auszudehnen. Das zweite Heft, das mit dem 27. Juni abschließt, enthält demgemäß nun auch die Kosten aller sonstigen wichtigeren Lebensbedürfnisse, wie Genussmittel, Körperpflege, Kleidung, Wirtschaftsgegenstände, Verkehr, Kultur- und Unterhaltungsgewerbe und Ausgaben.

Als Grundlage der Berechnungen ist angenommen der Bedarf einer Familie von 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1 1/2 Jahren. Für die praktische Anwendung der Ergebnisse wäre es

von hohem Interesse, wenn die Berechnungen für die Einzelperson vorgenommen würden, die dann nach der Größe der Familie zu sammengestellt werden könnten. Es sind auch dahingehende Anregungen an das Statistische Amt gelangt. Dem steht entgegen, daß vom Statistischen Reichsamte Zahlen für den Nahrungsmittelbedarf der Einzelperson nicht gegeben sind; für alle sonstigen Lebensbedürfnisse würde die Feststellung des Bedarfs der Einzelperson noch schwieriger sein. Die Berechnungen wurden am Schlusse jeder Versorgungswoche für die jeweils vergangenen vier Wochen gemacht, damit Schwankungen namentlich in der amtlichen Zuteilung der Nahrungsmittel ausgeschlossen würden. Zu den Kaufpreisen für die amtlich zugeteilten Mengen sind die Preise für die im freien Handel und Schlichthandel zuzukaufenden Mengen gerechnet, die nötig sind, um das von der Reichsstatistik festgesetzte Minimum (Heft 1, S. 18) zu erreichen. Sonderzusammenhang wurden nicht berücksichtigt. Warum für Heizung und Beleuchtung einer Wohnung mit zwei heizbaren Zimmern nur 2 Zentner Bleiöl und 25 Kubikmeter Gas für vier Wochen ohne Unterschied für Sommer und Winter angenommen wurden, ist nicht recht ersichtlich und erscheint entschieden zu knapp, da auch weder Brennholz noch andere Heizungsarten eingestellt sind. In der Reichsstatistik sind 4 Zentner Bleiöl oder 40 Kubikmeter Kohlen und 15 Kubikmeter Leuchtgas angegeben, was den Bedürfnissen eher Rechnung trägt. Unter die Genussmittel ist Kaffee, ersatz aufgenommen; für Wäsche, Kleidungsstücke und Schuhwerk sind Neuankäufe nicht berücksichtigt worden, bei den Wirtschaftsgegenständen handelt es sich nur um Ersatz und Abschreibung für Gegenstände des täglichen Gebrauchs. Die Anschaffung von Büchern mußte ganz außer Betracht bleiben und für Versicherungen wurden nur 35 Mk. eingeleitet, die allein schon für die staatliche Zwangsversicherung aufgebraucht werden. Wenn man alle diese Voraussetzungen berücksichtigt, so muß es äußerst knapp bemessen werden, wenn die Zahlen als Maßstab für einen Mindestbedarf gelten sollen, unter dem der Mensch ohne Schaden für seine Person nicht heruntergehen kann.

Die Gesamteuerungszahlen, denen der Steuerbetrag hinzu gerechnet ist, befaßt sich auf den vierwöchigen Durchschnitt vom 22. März bis 18. April 1920 auf 1207 Mk.

Table with columns: Date, Cost (Mk.), Date, Cost (Mk.). Rows from 22. März to 27. Juni.

Legt man die bisher höchsten Zahlen vom Mai mit 1333 Mk. zugrunde, so würden die als äußerst knapp gekennzeichneten Märzbedürfnisse einen Stundenlohn von 8,94 Mk., einen Tagelohn von 55,64 Mk., einen Wochenlohn von 333,25 Mk., einen Monatslohn von 1444 Mk. oder ein Jahreseinkommen von 17320 Mk. erfordern. Wird weiterhin nach der Lohnausfall durch Streikung der Arbeit, Arbeitslosigkeit oder Krankheit in Rechnung gestellt, so kann jeder Mensch übersehen, was es mit dem Geschrei über die hohen Löhne auf sich hat. Nicht einmal die nackte Existenz wird dem überlebenden Teile der Bevölkerung gewährleistet. Ein längeres Beharren in diesem Zustande mußte den Untergang herbeiführen. Darum gilt es für die Arbeiterklasse, sich ihrer Haut zu wehren und die gewonnenen Zahlen im Kampfe um eine bessere Lebenshaltung zu verwerten.

Ein Renegat.

Emil Kloth, der ehemalige Vorsitzende des Buchbinderverbandes, ist auf seiner Kutschbahn in das nationalsozialistische Lager sowie in den Sumpf gekommen, daß er sich vom „Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund“ in Leipzig als Vorkämpfer gegen das Judentum in öffentlicher Versammlung vorstellen läßt. An den Plakatwänden prangt in großen Lettern die Ankündigung, daß Kloth am Freitag im Sangaoui über Sozialdemokratie und Judentum spricht. In marxistisch-erblicher Weise werden „deutsche Arbeiter, Angestellte, Mittelständler, Bürger, Männer, Frauen und Jungfrauen aller Berufe“ eingeladen, gegen einen Eintrittspreis von 50 Pfg. an dem antisemitisch-deutschnationalen Rabauktischen teilzunehmen, in dem Emil Kloth die Titelfrage übernommen hat. Kloth sucht seine Sauce besonders interessant zu machen durch den Satz: „Meine Erfahrungen aus der Werkstatt des Sozialismus“. Damit spekuliert Kloth auf die Reugierigen des Bürgertums, die sich die Gelegenheit auch nicht entgehen lassen werden, ihre Sentimentalität zu betriebligen. Der Arbeiterschaft ist dringend zu empfehlen, die Rabauktisten Kloth und Co. unter sich zu lassen. Es ist schade um die 50 Pfg. Eintrittsgeld. Mit Leuten wie Kloth diskutiert man nicht. Kloth hat das dringende Bedürfnis, von sich reden zu machen, dann ist er wenigstens beim „Deutsch-völkischen Trutzbund“ der brauchbare Mann, wenn sie ihn auch innerlich verachten. Wirkt Kloth aber nicht als Zugkraft für die Antisemiten, dann ist er auch dort unten durch

Wer am Freitag den antisemitischen Rabaurummel mitmacht, der leistet Kloth den gewünschten Dienst; daher tun die Arbeiter, Flug, nicht in die Versammlung zu gehen.

Die alte und die neue Einkommensteuer.

Das Steueramt schreibt uns:

Table comparing old and new income taxes for various income levels from 1000 to 1000000 Mk.

Die Zahlen in der obigen Tabelle stellen sich im Einzelfalle für den Steuerpflichtigen noch günstiger, wenn die gelebten Abzüge, also Werbungskosten, Schulzinsen, Versicherungs-, Gewerkschafts- und Parteibeträge usw. noch berücksichtigt sind. Da die Höhe dieser Abzüge ganz verschieden ist, kamen sie für die obige Uebersicht nicht in Betracht.

Preisherabsetzungen für Schuhwaren und Reparaturen. Eine starkbesetzte Versammlung der Schuhmachervereinigung zu Leipzig beschloß mit der Herabsetzung der Preise für Schuhwaren und Reparaturen. Nach einer Besprechung der gewerblichen Lage fand die nachstehende Entschließung einstimmige Annahme: „Die Versammlung beschließt die Preise für Reparatur und Reparaturen den Tagespreisen des Leders entsprechend herabzusetzen. Sie warnt dringend davor, allzu billigen Angeboten in Schuhreparaturen Gehör zu schenken, da weder die Lederpreise und die Preise für Furnituren, noch die Löhne und die Lebensunterhaltskosten heute diese billigen Angebote rechtfertigen. Somit können sie nur auf Kosten der Qualität des Materials und der Arbeit oder durch Lohnrückzahlung zustandekommen.“

Allgemeine Ortsrentenkasse für die Stadt Leipzig. Der Vorstand gibt bekannt: Den Rassenmitgliedern wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß vom Montag, dem 5. Juli 1920, ab die künftigen Rassenärzte ihre Tätigkeit wieder aufnehmen haben. Kosten, welche durch Inanspruchnahme von Nichtrentenärzten vom genannten Tage ab entstehen oder entstanden sind, können nicht erstattet werden.

Professionelles Wohnungselend. Der Hausagrarier A. Neumann, glücklicher Besitzer von drei Mietshäusern in der Schirmerstraße, Unger, hatte seinen Mietern, dreißig an der Zahl, die fast alle dem Arbeiterstande angehören, den Mietzins zum 1. Juli d. J. beträchtlich erhöht. Nicht genug damit, ging ihnen vor ca. 14 Tagen abermals eine Einladung zu, vor dem hiesigen Wohnungsamt vollständig zu erscheinen, mit der Begründung, daß Herr Neumann beabsichtige, den Mietzins weiter um 20 Prozent zu erhöhen und bei Nichterkenntnis die Kündigung auszusprechen.

Vor dem Wohnungsamt wurde nun von den enttäuschten Mietern ein detarstig trübes Bild von den Wohnverhältnissen in den Häusern entrollt, daß selbst der Vorsitzende nicht umhin konnte, den Hauswirt zur Zurücklegung bezw. Mäßigung seiner Forderung zu bewegen. — Ein vergebliches Bemühen. — Der Hausmeister Hellriegel, der im Auftrage des Wohnungsamtes nunmehr die Räume besichtigen mußte, war grenzenlos erstaunt über das sich seinem Auge bietende Bild. Die Häuser wimmelten von Ungeziefen und bieten im Innern ein wahrhaft trostloses Bild des Zerfalls.

Die Steine.

Von Konrad Voelke.

In irgendeiner Weise stehen jedesmal seine verworrenen, symbolisch gedankenspielerischen mit der Wirklichkeit zusammen. Gewöhnlich geschieht dies erst, wenn er, ohne gleich darauf zu achten, seine Frau im Schlaf immer sich rühren hörte. Dann fuhr er erschrocken zusammen. Manchmal kimmte auch die Wassermühl nicht zu dem Hippismus seiner Betrachtungen; die Tropfen fielen zu schnell oder zu langsam. Dann schlich er vorsichtig in die Küche, um sein Instrument zu regulieren. Eines Tages überraschte er dabei seine Frau, wie sie an der Tür horchte.

„Ich dachte du schliefst?“ fragten beide gleichzeitig. Es war ein Zufall; aber sie sahen sich unsicher und ohne Freundlichkeit an.

Wahrscheinlich hätte Unbehau mit der Zeit seinen Seelenfrieden wiedergefunden und vielleicht wäre er nach und nach ein stiller, selbstbeobachtender Philosoph geworden. Das Gespenst seines Sohnes begann sich im Spülmasser des Alltags aufzulösen, und er glaubte fast, darüber Herr geworden zu sein. Es fehlte ihm nur noch ein mitfühlendes Herz, eine tröstliche Hand, die über seinen alten Scheitel streich, ein gutmütiger Mund, der zu ihm gesprochen hätte: „Christian, du warst ein Esel! Aber so schlimm ist die ganze Geschichte ja gar nicht.“ In Ermangelung solchen Zuspruchs sprach er auf seinen einsamen Spaziergängen mit sich selbst. Das war immerhin etwas. Aber nun, wo der Druck, der auf ihm lag, erträglich wurde, und wo er nicht mehr seine ganze Willenskraft zur Verheimlichung seiner Tat aufzubieten brauchte, fing er an, im Schlafe zu reden. Es war eigentlich ein gutes Zeichen, die Spannung entwich durch unbewachte Ventile, aber seine Frau hätte einen festeren Schlaf haben müssen. Sie lag oft wach und dachte an ihren Hans, und wenn sie auch verständnis genug war, den Tod ihres Sohnes nicht gerade als ein großes Unglück zu betrachten, so glaubte sie doch, als eine gute Mutter darüber leuzen zu müssen. Nach Art der Frauen erzeugte sie in sich künstlich eine Traurigkeit, die noch viel genußreicher gewesen wäre, wenn für

dieser plötzliche Tod nicht die aufopfernde Pflege am Krankenlager unmöglich gemacht gehabt hätte. Es lag peinlich für sie, daß sie damals nicht zu Haus gewesen war. Es lag aber auch wieder die Verneinung ihrer Unentbehrlichkeit darin. Sie brauchte nur wegzugehen, und gleich geschah ein Unglück. Ihrem alten tapferen Mann konnte man nicht die einfachste Sache anvertrauen. Gottlieb hatte recht: ihr Mann litt an einem geistigen Defekt, der immer schlimmer wurde. Was war das nur für ein eigentümlicher Leichnam, sich die Hände aus einmal mit Sublimat waschen zu wollen?

Daß Gottlieb das Gift hatte liegen lassen, fiel ihr keinen Augenblick ein. Ihren Mann traf der ganze Vorwurf; er war eigentlich ein Mörder. Ihr Bruder hatte sie ja gewarnt; aber sie war eine viel zu gute Frau.

Unbehau schaute im Schlafe, und sie sauer und horchte. Er murmelte unverständliche Worte, aus denen sie nicht klug werden konnte. Einmal erwachte sie, es war in einer regnerischen Sommernacht, und es schien ihr, als ob irgend etwas Verdächtiges vor sich ginge. Sie hörte ein Meilen, ein weises Streichen, und in angebotener Furchtsamkeit lag sie ganz Starr und wagte sich nicht zu rühren. „Es ist nicht geheuer“, sagte sie sich schauernd. Endlich, als das Leise Geräusch sich immer wiederholte, wandte sie den Kopf ein wenig und sah, wie sich die Gardine am Fenster bewegte. „Das ist der Wind! Das Fenster steht offen und der zu lange Vorhang streicht über den Boden. Aber es könnte auch ein Mensch hinter der Gardine stehen. Heututage ist Raub und Diebstahl etwas ganz Gewöhnliches.“ In ihrer Angst brachte sie es nicht fertig, ihren Mann zu wecken. Sie lauschte und sah angestrengt nach dem Fenster. Ja, es war ohne Zweifel der Wind; sie hatte sich umsonst erschreckt.

Die nun halb überwundene Furcht ließ sie nicht wieder einschlafen. Warum wachte sich auch ihr Mann so unruhig hin und her! Da hing er zu allem Ueberfluß auch wieder zu reden an. Mit der gesprochenen, saden und doch dramatischen Stimme dazwischen, die im Schlafe sprechen, wiederholte er mit schneidenden, nequiten Atemzügen ein sinnloses Geschwätz. „Wer... wer sagt... wer...“

Hans... Hanschen! In seinen Worten lag die ganze Rührung und die schwermütige Feierlichkeit eines Trauerspielers. „Wer sagt... ich war es... für das Vaterland... das Gift... ich... ja... ich... wer sagt!“ Seine Stimme wurde allmählich ruhiger, beinahe gemüßlich, und dann atmete er regelmäßig weiter.

„Was hat das zu bedeuten?“ fragte sich seine Frau zitternd. „Gott, was für eine fürchterliche Stimme er hatte!“ Sie wedte ihn: „Mann, was hast du geträumt?“ „Nichts“, sagte er, verdrossen gähnend. „Nach dem Fenster zu: hoch nur, wie die Gardine rauscht. Mir ist unheimlich.“ Er tat ihr den Gefallen und schloß wieder ein.

Aber in den folgenden Nächten sprach er wieder, immer ungefähr die gleichen Worte, die sie mit boshaftem Entsetzen erfüllten. Endlich hielt sie es nicht länger aus und sie schrieb ihrem Bruder Gottlieb, er möchte einmal kommen. Sie habe Angst vor ihrem Mann.

Allerdings warf ihr Unbehau, wenn sie ihn jeden Tag mit denselben Fragen beströmte, böse Blicke zu. Ja, er wies sie sogar unwillig aus seinem Zimmer, und das war eine offenbare Unverschämtheit, die ihr zum Himmel zu schreien schien.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Städtische Theater. In der Aufführung „Troubadour“ singt heute die Partie des Manrico aushilfsweise Herr Sigmund Matuzewski vom Landestheater in Altenburg.

Das 3. Konzert der Gesellschaft für deutsche Volksbildung, Sonntagvormittag im Palmengarten, bringt leichtere Haus- und Gesellschaftsmusik des 17. Jahrhunderts, dargeboten vom collegium musicum, mit kurzen einflussreichen Worten von Professor Dr. Schering. Karten, die zu freiem Eintritt in den Palmengarten berechtigen, bei Klamm, Pabst, Jost, Wignann.

Vor einem am 20. Juni abermals anberaumten Termin vor dem Mietungsausschuß, in der der Baumeister das Ergebnis der Besichtigung ganz lebendig schilderte, wurde der Hauswirt dank auch statt abgewiesen.

Auch der Baumeister wies den Hauswirt darauf hin, daß er die Mietzettel nicht nur als mitschuldige betrachten dürfe, sondern, daß er auch einmal etwas renovieren lassen möchte.

Die Stiftung der 24. Res.-Division verteilt, wie man uns schreibt, am 1. Oktober ihre Zinsen an bedürftige Hinterbliebene der Gefallenen ihrer Stammtuppen, sowie der Res.-Regimenter 106 und 109 und der Trainstaffeln des 12. Res.-Korps. In erster Linie werden Witwen mit besonders viel Kindern unter 14 Jahren, Vollwaisen und hochbetagte, arbeitsunfähige Eltern unterstützt, deren Ernährer die Gefallenen gewesen sind. Gesuche müssen spätestens am 31. Juli bei Div.-St. J. D. Zimmann, Leipzig-Go., Cöthener Straße 54, eingetroffen sein.

Die Geschäftsstelle des Verkehrsvereins im Handelshof am Neuschloß ist bis auf weiteres wieder ununterbrochen den ganzen Tag von 8 1/2 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet. (Sonn- abends bis 5 Uhr nachmittags und Sonntags von 10 bis 12 Uhr nachmittags.) Es ist nochmals auf die Fahrkartenausgabe abzuheben beim Verkehrsverein (M. E. R. IV.) hingewiesen.

Knochen- und Kleintierverkauf. Händl. Wagner von 9 bis 11 Uhr Nr. 611-750 (Hörsingstr.); Pohle-Wagner von 9 bis 11 Uhr Nr. 2151-2500.

Schlachtloft, Schanzen II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Hauswirtschaftliche Ausgabe von einer Dose Rinderfleisch 7,40 Mt. und einer Dose Leberpaste 4,00 Mt. sowie dänischer Fleisch-Brühwürfel.

Lebensmittelliste für Donnerstag, den 8. Juli.

Am Morgen: Fleisch, Leber, Tag, abzugeben Fleischmarkt X, Fleischmarkt 17 für Kriegesgefangene.

Mittags: Ausgabekarte, Auslandswirtschaft für Schwertriebsbeschädigte: Ausgabe Leipzig-Gohlis, Mehlstraße 1, nachmittags 3 bis 5 Uhr (ein Pfund).

Abend: Weizenmehl, Haberfloren, Nährmittel für Kleinkinder und Schwangere, Beugungsmittel, Säfte: Abgabe der Seitenpulsabstriche für Juni und Juli in der bekannten Ordnung. Ausgabe der Spirituomarken für Juni an Minderbemittelte und solche Personen, die den Spiritus zur Kranken- und Säuglingspflege brauchen, Montag, den 12. Juli. Zeit und Ort der Verteilung ist vom 10. Juli an bei den zuständigen Volkseigenen zu erfragen. Außer der festgesetzten Zeit werden Marken nur in besonderen Ausnahmefällen abgegeben.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

Die Geschäftsleiter der Volkshammer bedingt es, daß die Statuten, die an sich um ein halbes Jahr zu spät kommt, noch mit größerer Hast erledigt wird, wie das sonst immer bei den wesentlichen... kommt es im Plenum zu Auseinandersetzungen. In der Hauptsache handelt es sich darum, Gesetze zu machen. Dabei ist man sich vollständig klar darüber, daß die in den Haushaltsplan eingestellten Summen heute bereits überschätzt sind und das die Erde in Form eines Nachtrags- oder Ergänzungsetats alsbald nachkommt.

Gestern wurde zunächst der Geschäftsbericht der Landes-Brandversicherungsanstalt auf die Jahre 1918 und 1917 und der Jahresbericht mit Rechnungsabluß für 1918 erledigt. Bewilligt wird ferner der Personal- und Befoldungsplan der Landesversicherungsanstalt unter Annahme des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen, den Mittelschultechnikern in Zukunft auch die Oberinspektorenstellen grundsätzlich freizugeben, im übrigen aber der Volkshammer baldigst Richtlinien über die Mittelungs- und Anrufungsdienste der technischen Beamten vorzulegen.

Der Antrag des Haushaltsausschusses B über die Erhöhung des Betriebskapitals der sächsischen Staatsbahnen um 20 Millionen Mark wurde angenommen. Ebenso der Ausschussantrag zu den Kapiteln Landeslotterie und Sächsische Staatsbahn. Gegen die Landeslotterie stimmten nur die Vertreter der USPD.

Im Finanzausschuß lag ferner der Antrag vor, die Regierung zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung der Volkshammer eine Nachweisung über alle etwa in Frage kommenden Nebeneinkünfte und Nebenzölge vorzulegen und bis zur Bewilligung der Vergütungen für Nebenämter und zu Nebenbesoldungen auf Grund der Nachweisung, fernere Zahlungen zu unterlassen. Selbst der Vertreter der Regierung mußte zugestehen, daß diese Nebenämter und Nebenbesoldungen ganz ungerechtfertigt sind. Um so beherzlicher ist es, daß es erst eines besonderen Antrags bedürfte, um die Kosten, von denen es im Etat noch wimmelt, zu beseitigen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, nachdem der Regierungsvertreter erklärt hatte, daß der Kammer eine entsprechende Zusammenstellung noch im Laufe der Woche zugehen werde.

Kapitel 22, Auflösung der vormaligen Hofhaltungen, und Kapitel 23, Leistungen auf Grund des vormaligen königlichen Hausgesetzes, wurden ohne Debatte erledigt.

Eine längere Auseinandersetzung gab es beim Kapitel sächsische Staatstheater, die einen Zuschuß von annähernd 3 Millionen Mark erfordern. Vom Rat der Stadt Leipzig lag eine Eingabe vor, die die Verteilung der Summe auf alle sächsischen Großstadttheater förderte. Ohne Zweifel bedeutet das Landestheater für Dresden einen besonderen Vorteil, namentlich für die Dresdner Bourgeoisie. Außerdem läßt es die soziale Not, und darauf wurde besonders von Genossen Liebmann und dem Demokraten Claus hingewiesen, dringend geboten erscheinen, an den nicht ganz wünschenswert notwendigen Ausgaben zu sparen. Andererseits war aber zu berücksichtigen, daß eine Streichung der Summe der Leistungsfähigkeit der Theater, die sich eines Welttruf erfreuen, wesentlich Abbruch getan hätte. Aus diesem Grunde konnte man sich nicht entschließen Abstriche zu machen, äußerte aber den Wunsch, möglichst sparsam zu wirtschaften und Vorsorge zu treffen, daß die Vorteile der Landestheater auch den übrigen Bühnen im Lande mit zugute kommen. Das Kapitel wurde genehmigt. Die USPD-Vertreter stimmten gegen die Summen, die für den Aufwand der Staatskapelle gegen die Summen, die für den Aufwand der Staatskapelle zu den Gottesdiensten in der ehemaligen katholischen Hofkirche gemacht werden. Genosse Rysel hob hervor, daß wir nicht gegen die Konzerte in der Kirche überhaupt sind, sondern nur dagegen, daß sie mit kirchlichen Zeremonien verknüpft werden.

Beim dem Kapitel Staatskanzlei rügte Genosse Rysel, daß von Beamten Flers-Industrien begangen und der Presse und Interessenten Mitteilungen zugesandt worden seien, bevor die Mitglieder der Kammer davon Kenntnis erhalten haben.

Zum Schluß wurde noch ein Antrag des Rechtsausschusses angenommen, die Regierung zu ersuchen, das Erforderliche zu veranlassen, um die Bezeichnung „Amtsblatt“ künftig in Wegfall zu bringen, und das Gesch. sächsische Zeitungsgesetz vom 13. Mai 1920 durch diesen Beschluß für erledigt zu erklären.

Am dem bisherigen Zustand wird mit diesem Antrag nicht viel geändert, denn mit dem Titel fällt nur die äußere Form, während das Monopol für die kleine Amtsblattpresse bestehen bleibt.

Zwanzigprozentige Brotkredenz.

Amlich wird aus Dresden gemeldet: Am angesichts der Knappheit der Getreide- und Mehlzulieferungen durch die Reichsgrenzstellen die bestehenden Ungleichmäßigkeiten in Art und Güte des Brotes in den verschiedenen Kommunalverwaltungen des Landes nach Mängeln auszugleichen, hat das Sächsische Landesverwaltungsamt auf Grund des Ergebnisses nachdrücklichster Verhandlungen mit der Reichsgerichtsstelle die beabsichtigte und bereits angekündigte 20prozentige Brotkredenz im ganzen Lande angeordnet.

Der Protestrecht der Bergarbeiter im Vornaer Revier.

Im Vornaer Revier. Am Sonnabend früh trat die Bergarbeiterchaft im Vornaer Braunkohlenteiler wegen des zehnprozentigen Steuerabzugs geschlossen in den Streik. Am Montag früh fanden zunächst auf den einzelnen Werken Besprechungen und daran anschließend auf dem hiesigen Schützenhaus, in Froburg, Lobitz und Regio öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, die über die Fortdauer des Streiks Beschlüsse faßten. Man einigte sich dahin, daß beschnittenweise geheime Abstimmungen vorgenommen werden sollte. Am Montag gegen Abend war das Ergebnis so, daß sich die Mehrheit der in Vornaer und der näheren Umgebung wohnenden Bergarbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit erklärten. Da aber an der Abstimmung zahlreiche auswärtig wohnende Bergarbeiter nicht teilnehmen konnten, so ist das Resultat noch zweifelhaft. Im Laufe des Montagvormittags trafen Vertreter der Regierung hier ein, die mit den Arbeiterführern verhandelten.

Ausbreitungen eines französischen Offiziers in Dresden.

Nach Meldungen Dresdener Blätter sind am Freitagnachmittag auf der Prager Straße in Dresden ein junges Mädchen und ein Herr, die für die Grenzspende sammelten und dabei auch einige Mitglieder der Entente-Kommission, die in Zivil gekleidet waren, anredeten, in rohester Weise mißhandelt worden. Einer der französischen Militärpersonen hat plötzlich die Dame am Halse gepackt und sie so heftig von sich geschleudert, daß sie auf dem Straßendamm fiel. Das gleiche Schicksal erlitt der Herr, der ebenfalls am Halse gepackt und zu Boden geworfen wurde. Das Publikum war über den Vorfall sehr erregt und es ist auch zu einer regelrechten Schlägerei gekommen, die erst durch das Dazwischentreten eines englischen Offiziers in Zivil, der die Entente-Militärpersonen nach deren Standort, dem Hotel Kaiser Wilhelm führte, beendet wurde.

Dresden. Die Postbeamten streiken am Sonnabend eine große Protestkundgebung gegen die Personal- und Besoldungsreform ab, wobei eine Entschärfung angenommen wurde, in der die Personal- und Besoldungsreform einhellig abgelehnt wird.

Hohenstein-Ernstthal. An Stelle der drei Kommunistischen Stadträte, die im März ihre Mandate niedergelegt haben, wurden in der letzten Stadtvorordnetenversammlung ein bürgerlicher und zwei sozialdemokratische Stadtordeordnete zu unbesoldeten Stadträten gewählt.

Hainichen. Die 1908 hier eröffnete Sächsische Polizeischule hat Ende Juni ihre Pforten für immer geschlossen. Die Anstalt ist nach Dresden verlegt worden als Vorstufe einer Landesberufsschule für Polizeibeamte. In Hainichen haben die Schule insgesamt 800 Schüler besucht, von denen 700 Anstellung im Polizeidienst gefunden haben.

Die Stadtvorordneten beschließen gegen 1 Stimme die Bildung eines Ausschusses auf der Grundlage der für Sachgen geltenden Bestimmungen.

Waldheim. Die Polizei entdeckte hier ein großes Diebeslager, in dem außer vielen Militärreeffekten auch große Mengen Leinwandwaren, Konzepte, Ferngläser u. a. m. aufgestapelt waren. Um die Diebesbeute wegzuschaffen, benötigte man einen zweispännigen Lastwagen.

Die U. S. P. und die Internationale.

(Bericht des Zentralkomitees über die Ausführung des Leipziger Parteilagebeschlusses.)

Es berührte eigenartig, daß die Antwort in erster Linie an „alle Arbeiter Deutschlands“, in zweiter Linie an die Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands und erst in dritter Linie an den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerichtet war.

Unmittelbar nach den großen Massenaktionen gegen die Kapp-Püttzweie der Wahlfestung ein Jeder Genosse auch von der Parteilage wurde mit einer Anwesenheit und Energie hergeben, was er hergeben konnte. Das sehr umfangreiche Manuskript wurde durch unser Pressebureau unserer Parteilage noch während des Wahllampfes übermittelt. Wir werden das Schreiben in aller nächster Zeit ausführlich beantworten und diese Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit übergeben.

Am 30. April besuchte uns das Mitglied des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, Genosse Schapnikoff aus Moskau, der Vorsitzende des russischen Metallarbeiterverbandes. Er überbrachte uns die Grüße der russischen Genossen und forderte uns auf, möglichst bald eine Kommission nach Russland zu schicken. Eine zweite Unterredung des Zentralkomitees mit dem Genossen Schapnikoff hatten wir am 7. Mai. Es wurden ihm eine Anzahl von Fragen vorgelegt, die sich auf bestimmte Punkte des Antwortschreibens der Dritten Internationale bezogen. So die Frage, ob als Bedingung für unsern Zusammenhalt mit der Dritten Internationale der Ausschluß bestimmter Genossen aus unserer Partei gestellt würde. Genosse Schapnikoff meinte, daß sich die Antwort nicht gegen Personen richte und daß von der Forderung eines Ausschusses von Mitgliedern aus unserer Partei keine Rede sein könne. Es sei aber notwendig, daß die Partei weder Zweifel an ihrem revolutionären Charakter, noch an ihrem revolutionären Willen lasse. Eine weitere Frage war, ob die Moskauer Exekutive als die Vorbedingung für den Zusammenhalt die Verschmelzung unserer Partei mit der Kommunistischen Partei Deutschlands wolle. Genosse Schapnikoff hielt das für ausgeschlossen. Wie sich das Verhältnis dieser beiden Parteien zueinander gestalten werde, das würde sich nach dem Zusammenhalt unserer Partei mit der Dritten Internationale ergeben. Bei dieser Gelegenheit haben wir den Genossen Schapnikoff auf eine Reihe irrtümlicher Auffassungen über das Wollen unserer Partei in dem Antwortschreiben der Dritten Internationale aufmerksam gemacht und eine ausführliche schriftliche Antwort in Aussicht gestellt.

Am 31. Mai erhielten wir dies Telegramm:

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale stellt mit Bedauern fest, daß der Parteivorstand der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei am 5. Febr. 1920 in dem beantragten Beschlusse, die deutsche Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die zwischen uns und der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie bestanden, eine klare Antwort auf unsere Aufforderungen nicht gegeben hat, sondern das Beschlüsse des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu der Dritten Internationale beigegeben haben. Mehr noch als diese Unterlassung bedauert die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Tatsache, daß der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in ungewohnter Weise den Mitglieder der Partei, die hinter dem Parteivorstand stehen, und auf deren energieliche Diktanden der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei war, mit uns in Beziehung zu treten. Wie das tatsächliche Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Kommunistischen Internationale ist die Meinung der unabhängigen Arbeitermassen entscheidend und nicht das halbe Duzen von Männern und Frauen, die im Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sitzen. Sondern die Million der unabhängigen Arbeiter entscheidet durch Taten, ob sie für die Kommunistische Internationale stehen oder nicht. Wir sind überzeugt, daß es genügt, den Sectionen der unabhängigen Arbeiter den Sinn ihres eigenen Kampfes zum Bewußtsein zu bringen, damit sie sich bewußt für die Kommunistische Internationale entscheiden. Die Verschmelzung unseres Schreibens bedeutet also nicht anders als den Versuch der Verschleppung der Entscheidung der U.S.P. Massen in der Sache, was Verhältnisse zur Kommunistischen Internationale. Jeder Versuch der Entscheidung dieser Sabotage der Beschlüsse des Unabhängigen Leipziger Kongresses durch den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der bisher zur Ausführung des Parteitagbeschlusses sich zur Ablehnung eines kurzen Briefes aufgeschrien, nicht gemacht wird durch die einfache Tatsache, daß für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse die Frage des internationalen Aufkommens ein Lebensfrage ist. Ganz abgesehen aber davon, daß die Veröffentlichung unseres Schreibens durch unser Westeuropäisches Sekretariat bewiesen, daß eine technische Möglichkeit der Veröffentlichung vorhanden war. Da uns der ernste Wille der großen Mehrheit der unabhängigen Arbeiter zum Eintritt in die Kommunistische Internationale bekannt ist, halten wir es für unsere Pflicht, ungeachtet der Hindernisse, die der Frage der internationalen Einigung der Parteivorstände seitens des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei entgegen stehen, Ihre Vertreter nach Moskau zu entsenden, damit wir ihnen die Thesen der Exekutive der Kommunistischen Internationale über die tatsächlichen Fragen des Kampfes um die Natur der Parteiorganisation unterbreiten können und so zur Klärung der Frage beitragen, welche Gründe den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Verhinderung ihres Anschlusses an die Kommunistische Internationale bewegen. Dann wird es die Sache der unabhängigen deutschen Arbeiter sein, zu entscheiden, ob sie mit dem Parteivorstand der U.S.P. oder mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale einverstanden sind. Unüberwindbare technische Schwierigkeiten haben der Reise der U.S.P. Vertreter nicht im Wege. Wenn dies internationalen, australischen, amerikanischen und deutschen Arbeitern, die fast auf eigene Hand zu uns gekommen, möglich ist, so werden auch die Vertreter einer Millionenpartei den Weg zu uns finden können, wenn sie ihn nur ernstlich suchen wollen.

Mit kommunistischem Gruß
Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.
Sekretär Kadek.

Moskau, den 29. Mai 1920.

Das Telegramm wurde in folgender Weise von uns beantwortet:

Am 31. Mai 1920 erhielt das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein Telegramm der Exekutive der Kommunistischen Internationale (gen. Kadek, Sekretär) aus Moskau. In diesem Telegramm wurde angefragt, warum die Zentrale der U.S.P. nicht auf die Rungebung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 5. Februar 1920 geantwortet habe. Darauf haben wir zunächst unter Vorbehalt einer hoffentlich recht bald möglichen ausführlichen mündlichen Besprechung folgendes kurz zu erwidern:

Das Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ist uns erst am 8. April unter recht eigenartigen Verhältnissen übermittelt worden. Da die Partei in den letzten Wochen durch den Wahlkampf sehr stark in Anspruch genommen worden ist, war es den Parteiorganisationen des Landes nicht möglich, sich mit der überaus wichtigen internationalen Frage zu beschäftigen. Auch die einzelnen Körperschaften der Parteilage waren infolge Inanspruchnahme aller Kräfte für den Wahlkampf bis jetzt noch nicht imstande, eine der Auffassung der gesamten Parteilage entsprechende Antwort zu formulieren. Erst nach der Wahl, sofort nach beendigten Wahlen eine Kommission nach Moskau zu schicken, die mit dem Exekutivkomitee eine gründliche Aussprache und eine Verständigung herbeiführen sollte. Diese Wächter besteht auch jetzt noch. Sobald die Wahlen zum Reichstag erledigt sein werden, und die politische Situation, die allerdings zur Zeit infolge der genen revolutionären Wachenchaften sehr unsicher erscheint, ermöglicht wird die Kommission die Reise nach Moskau antreten.

Dem Zentralkomitee liegt sehr viel an einer Verständigung mit dem Exekutivkomitee; es bedeutet, daß infolge ungünstiger Umstände die Verständigung noch nicht herbeigeführt werden konnte. Leider muß festgestellt werden, daß dem Zentralkomitee bis heute noch nicht die Adresse des Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale bekannt ist und daß wir auch nicht wissen, welche Personen dieses Sekretariat bilden.

Wir benutzen daher die freundliche Vermittlung des Genossen Schapnikoff, um dieses Schreiben in eure Hände gelangen zu lassen. Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß die U.S.P. die Kommunistische Partei Deutschlands die Antwort des Exekutivkomitees zu ihren eigenen Partei- und Wahlzwecken auszunutzen versucht hat, nicht zur Förderung einer Verständigung zwischen der Kommunistischen Internationale und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beigegeben hat.

Das Schreiben des Exekutivkomitees vom 5. Februar 1920 ist unserer Parteilage am 20. Mai zur Veröffentlichung übermittlelt worden. Wenn diese Veröffentlichung noch nicht in dem gewünschten Umfange erfolgt ist, so ist es daraus zurückzuführen, daß unsere Parteilage bei ihrem chronischen Partemangel ihren Raum der Mahpropaganda zur Verfügung stellen mußte. Wir sind aber sicher und werden auch dazu die Kräfte geben, daß nach dem 6. Juni die Frage der Internationale in unserer Parteilage die gebührende Behandlung findet.

In der Hoffnung, recht bald in Moskau mit dem Exekutivkomitee in Verhandlungen treten zu können, verbleibe...

Am 8. Juni schrieb uns das Westeuropäische Sekretariat der Kommunistischen Internationale:

Wir übersenden Euch anbei die Tagesordnung des Zweiten Internationalen Kongresses der Kommunistischen Internationale. Wir können Euch vor, die von Euch beschlossene Delegation nach Moskau abzulesen, daß es ihr möglich sein wird, gleichzeitig mit dem Kongress in Moskau anwesend zu sein.

Wir antworten am 11. Juni:

Das Zentralkomitee der U.S.P. dankt für die freundliche Uebermittlung der Tagesordnung des Zweiten Internationalen Kongresses der Kommunistischen Internationale. Das Komitee wird ihrer Eintragung Achtung trauen und seine Delegation nach Moskau zu entsenden, daß sie gleichzeitig mit dem Kongress in Moskau anwesend ist.

Am 11. Mai und am 19. Juni nahmen die Zentralkomitees der Partei und die Kontrollkommission abermals in einer gemeinsamen Sitzung zu der Frage der Internationalen Stellung...

Dieser Bericht wird auch jene höchsten persönlichen Treuepflichten als Verbindungen bezeichnen, durch die einzelne unserer Parteigenossen als Saboteure des Zusammenstufes mit der Dritten Internationale erscheinen lassen...

Gewerkschaftsbewegung.

Betriebsräte!

Betriebsobmänner, Angestellten- und Arbeiterkammern für die nachfolgenden Industriezweige sind Gruppenverhandlungen statt: Gruppe XIII...

Gewerkschaftsamt Leipzig, Abteilung Betriebsräte.

Der Rat der Stadt Leipzig als Sozialpolitiker.

Infolge der immer weiter um sich greifenden Teuerung beschloß die Gemeindevorstände folgende Lohnforderungen zu unterstützen:

- a) Die Lohnsätze der Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 19 bis 21 Jahren werden um 25 Pfg. für die Stunde erhöht.
b) Die Lohnsätze der ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen über 21 Jahre werden um 50 Pfg. für die Stunde erhöht.
c) Die Lohnsätze der Verheirateten werden um 1 Mt. für die Stunde erhöht.

Der Lohnsatz vom 12. April 1920 erhält im § 2 folgenden Inhalt:
Ab 1. Juni 1920 werden die Lohnsätze a) der ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen über 21 Jahre um 20 Pfg. pro Stunde...

Trotz höchstem Widerspruch gelang es den Vertrauensmännern, die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Schiedsspruch angenommen werden müsse...

Vergleichen man nun diesen Schiedsspruch mit den von der Arbeiterschaft gestellten Forderungen, dann wird der Widerspruch der Arbeiterschaft gegen diesen Schiedsspruch verständlich...

Das schiedliche Arbeitsministerium erklärte sich grundsätzlich bereit, die Vermittlung unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß ein neues Schiedsgericht zusammengebracht wird...

Ab 1. Juni sollen die Klassen A, B und C des Lohnsatzes vom 12. April 1920 eine Aufbesserung erfahren, und zwar A 5 Prozent, B 4 Prozent, C 3 Prozent...

Dieser Schiedsspruch dürfte in seiner Wirkung den einzelnen Gemeinden noch größere Opfer auferlegen als es der Chemnitzer Schiedsspruch getan hat.

Eine interessante Feststellung wurde vor dem Schiedsgericht in Bezug auf die Haltung des Leipziger Rates zum Chemnitzer Schiedsspruch gemacht. Als der Unterzeichnete auf die Tatsache hinwies...

Welche Erbitterung muß unter der Arbeiterschaft Platz greifen, wenn sie sieht, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Wir wissen nicht, welche Beweggründe es waren...

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bezirksverwaltung Leipzig.

J. A. B. S. i. a. h.

Tariffbewegung der Leipziger Tabakarbeiter.

In einer gutbesuchten Versammlung nahmen die Leipziger Tabakarbeiter Stellung zu der Antwort der hiesigen Zigarrenfabrikanten auf unsere Forderung vom 10. Juni...

Hierbei entwickelte sich eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des Rätelstems und dem Gauleiter. Es wurde der Vorwurf erhoben, die Verhandlung habe an der letzten traurigen Lage der Tabakarbeiter ein gut Teil...

Unsere Forderungen bewilligt haben bis jetzt: Gustav Schmidt, Hauptstraße 87, und Hermann Waldroff, Leipzig-Plötz, Bornstraße 107...

Unter anderem wurde noch bemerkt, daß die Beileger sich sehr hart mit großer Mehrheit bei der Abstimmung über die Forderungen zu Leipzig stimmten...

Tariffwesen. Die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 14. Oktober 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter im Fuhr- und Verkehrsgewerbe für das Gebiet der Stadt Leipzig ist aufgehoben worden.

Arbeiter! — werdi neue Volkszeitungsleiter.

Neues Theater. Mittwoch den 7. Juli 1920. Des Trambadour. Sonntag den 11. Juli 1920, vormittags 11 Uhr. Bühnenturnfest der Leipziger Mutterschule für Turnen und Sport.

Neues Operetten-Theater. Mittwoch den 7. Juli 1920. Die Doktorinsella. Sonntag den 11. Juli 1920, vormittags 11 Uhr. Bühnenturnfest der Leipziger Mutterschule für Turnen und Sport.

Theater in der Eiserstraße (Stammerstraße). Die Rrrrrntschbahn. Sonntag in 3 Akten von Heinz Gordon und Kurt Göttsch.

Marionettentheater Messplatz. Täglich 4 Uhr: Schneewittchen; 8 Uhr: Genoveva.

Krystal-Palast. Täglich abends 8 Uhr. Gastspiel „Jean Blatzeim“. Die spanische Fliege.

Drei Linden. Täglich abends 8 Uhr. Der glänzende Varieté-Spielplan mit Bernhard Wildenhain in „Radium“.

Günstiger Einkauf! Prima Leder in Stücken, das Vd. von 15.- Mt. an. Horrenschäfte aus gutem Kalbsleder...

Altes Theater. Leipzig. Sonntag den 7. Juli 1920. Zwangsinszenierung.

Probewaschen im Kaufm. Veroinshaus und Auguste-Schmidt-Haus mit dem Wasch-Apparat.

Die eiserne Waschfrau. Zigaretten! Gold-Flake Navy-Cut 425.

Lebkuchen! Schellack in Blättern. Drei-Linden-Parfümerie.

Lebkuchen! Schellack in Blättern. Drei-Linden-Parfümerie.

Lebkuchen! Schellack in Blättern. Drei-Linden-Parfümerie.

Lebkuchen! Schellack in Blättern. Drei-Linden-Parfümerie.

Lebkuchen! Schellack in Blättern. Drei-Linden-Parfümerie.

Lebkuchen! Schellack in Blättern. Drei-Linden-Parfümerie.

